HERAUSGEBER
Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Bundesstiftung des öffentlichen Rechts
Der Vorstand
Karsten Brenner, *Ministerialdirektor a. D. (Vorsitzender)*
Prof. Dr. Dieter Dowe
Prof. em. Dr. Klaus Schönhoven

REDAKTION
Dr. Wolfram Hoppenstedt *(Geschäftsführer)*
Julia Hornig M.A.
Dr. Bernd Rother
Dr. Wolfgang Schmidt

Schriftleitung: Dr. Wolfram Hoppenstedt

© 2008 by Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
im Rathaus Schöneberg
John-F.-Kennedy-Platz
D-10825 Berlin
Tel.: 030 / 787707-0
Fax: 030 / 787707-50
E-Mail: info@willy-brandt.de
www.willy-brandt.de

GESTALTUNG
Pralle Sonne, Berlin

REALISATION UND DRUCK
allprintmedia GmbH, Berlin

Alle Rechte vorbehalten
Printed in Germany 2008
ISSN 1434-6176
ISBN 3-933090-14-8

Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt

Vortrag des Regierenden Bürgermeisters a. D. Dr. h. c. Klaus Schütz
anlässlich des Festaktes zum 50. Jahrestag der Wahl
Willy Brandts zum Regierenden Bürgermeister von Berlin
am 4. Oktober 2007 im Rathaus Schöneberg

Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
Heft 15

INHALT

Willy Brandt – 8
Stationen seines Lebens

Klaus Wowereit 11
Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

Wolfgang Thierse 15
Grußwort des Vorsitzenden des Kuratoriums
der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Klaus Schütz 22
Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt

Anhang

Auszug aus der Rede des Vertreters des SPD-Parteivorstandes in Berlin, Willy Brandt, vor Funktionären der Berliner SPD am 12. März 1948 40

Auszug aus der Rede des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Willy Brandt, im Politischen Club der Evangelischen Akademie Tutzing am 15. Juli 1963 (»Denk ich an Deutschland …«) 45

Willy Brandt kurz vor seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister von Berlin vor dem Rathaus Schöneberg, September 1957

WILLY BRANDT – STATIONEN SEINES LEBENS

1913	Am 18. Dezember in Lübeck geboren
1930	Eintritt in die SPD
1933-1945	Exil in Norwegen und Schweden Widerstand gegen das NS-Regime
1936	Illegaler Aufenthalt in Berlin
1945-1947	Rückkehr nach Deutschland als Korrespondent für skandinavische Zeitungen
1947	Presseattaché an der Norwegischen Militärmission beim Alliierten Kontrollrat in Berlin
1948	Vertreter des SPD-Parteivorstandes in Berlin
1949-1957, 1961	Berliner Abgeordneter im Deutschen Bundestag
1950-1969	Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses
1955-1957	Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses
1957-1966	Regierender Bürgermeister von Berlin
1964-1987	Vorsitzender der SPD
1966-1969	Bundesaußenminister und Vizekanzler
1969-1992	Mitglied des Deutschen Bundestages
1969-1974	Bundeskanzler

1971	Verleihung des Friedensnobelpreises
1976-1992	Präsident der Sozialistischen Internationale
1977-1983	Vorsitzender der Nord-Süd-Kommission
1979-1983	Mitglied des Europäischen Parlaments
1987-1992	Ehrenvorsitzender der SPD
1992	Am 8. Oktober in Unkel bei Bonn verstorben

KLAUS WOWEREIT

Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
gestern vor genau 50 Jahren, am 3. Oktober 1957, wurde hier im Rathaus Schöneberg Willy Brandt zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Und man kann ohne Übertreibung sagen: Mit der Übernahme dieses Amtes veränderte Willy Brandt nicht nur Berlin, sondern von Berlin aus auch Deutschland und Europa.

Damit begrüße ich Sie sehr herzlich zum 50. Jubiläum dieses historischen Ereignisses. Und ich freue mich, dass Klaus Schütz heute zu uns sprechen wird. Er war ja nicht nur Zeitzeuge, sondern auch Willy Brandts Vertrauter und enger Mitarbeiter und Amtsnachfolger.

Lieber Klaus Schütz, wir sind gespannt auf Deinen Festvortrag. Ich danke Dir, dass Du als Festredner zu uns sprechen wirst.

Willy Brandt ist mittlerweile zu einem Denkmal geworden – unumstritten in seiner historischen Bedeutung.

Er ist der Kanzler der Erneuerung. Er ist der Friedensnobelpreisträger wegen seiner mutigen Ostpolitik, die er hier in Berlin als Regierender Bürgermeister – gemeinsam mit Egon Bahr – erfunden hat.

Er ist der erste sozialdemokratische Reformkanzler: Dafür stehen Bildungsreform, Mitbestimmung, die Reform des Paragrafen 218 und viele andere Weichenstellungen. Außerdem hat er über lange Jahre als Vorsitzender der SPD und der Sozialistischen Internationale Impulse für viele damals neue Themen gegeben: Umwelt, Globalisierung – all das hat sein politisches Denken bestimmt, lange bevor es zum Gegenstand der Alltagspolitik wurde.

Kurzum: Willy Brandt ist einer der größten Deutschen des 20. Jahrhunderts. Darüber gibt es allgemeinen Konsens. Allerdings wird leicht vergessen, welch schwere Kämpfe und Prüfungen Willy Brandt dabei zu bestehen hatte.

Seine Amtszeit als Regierender Bürgermeister stand unter keinem guten Stern. Der Ost-West-Gegensatz hatte sich vertieft und sollte sich weiter vertiefen. Willy Brandt musste schwerste Krisensituationen bewältigen, denken wir nur an das Chruschtschow-Ultimatum 1958 oder den Mauerbau 1961. Die Stadt und ihr oberster Repräsentant waren ständig existenziellem Druck ausgesetzt.

Immer wieder musste gekämpft werden, nicht nur gegen die unmittelbare Drohung aus dem Osten. Nein, auch im Westen musste immer dafür geworben werden, dass Berlin nicht aufgegeben werden durfte. Es war ja nicht selbstverständlich, dass die Alliierten standhaft blieben, auch Kennedys Sorgen drehten sich zuerst um einen drohenden Atomkrieg und dann erst um das eingemauerte West-Berlin.

Willy Brandt gelang es immer wieder klarzumachen, dass das eine mit dem anderen untrennbar zusammenhing – dass die Freiheit Berlins untrennbar mit der deutschen Frage und dem Gleichgewicht der Mächte zusammenhing.

Stets war er darum bemüht, die Emotionen in der Stadt aufzunehmen und fatalen Tendenzen im Westen entgegenzuwirken – fatalen Tendenzen, die darauf hinausliefen, dem Druck nachzugeben und sich vielleicht doch aus Berlin zurückzuziehen. Gleichzeitig ging es ihm darum, mit den Machthabern im Osten Wege des praktischen Umgangs mit Teilung und Mauer zu finden.

Das waren harte Kämpfe. Und sie wurden dadurch nicht leichter, dass Willy Brandt auf viele Vorbehalte stieß – auch in seiner eigenen Partei. Zweimal war Willy Brandt bei den Wahlen zum Parteivorstand durchgefallen. Und dreimal musste er antreten, um endlich Landesvorsitzender der Berliner SPD zu werden.

Es war der klassische Konflikt zwischen Traditionalisten und Erneuerern in der SPD. Und mit Franz Neumann und Willy Brandt standen sich damals zwei Sozialdemokraten gegenüber, die verschiedene Erfahrungen gemacht und unterschiedliche Lehren aus der Geschichte gezogen hatten.

Franz Neumann kam tief aus der Kultur der SPD in der Weimarer Zeit, war fest verwurzelt in den Traditionen unserer Partei. Er wurde von den Nazis verfolgt und gequält. Und er hatte sich historische Verdienste erworben, als es um die Urabstimmung über die Zwangsvereinigung von KPD und SPD ging. Mit Kurt Schumacher kämpfte er gegen Adenauers Politik der Westintegration und hielt am Anspruch der Wiedervereinigung Berlins und Deutschlands fest.

Das war eine klare, unmissverständliche Position. Aber sie verlor mit den Jahren den Bezug zur Realität, war nur noch »Nein-Sagerei«, wie Willy Brandt kritisierte.

Der wiederum dachte von der Realität her. Willy Brandt wusste, dass man grundsätzliche Positionen nicht aufgeben musste, um die Wirklichkeit zu gestalten. Das galt besonders für die schwierigste Herausforderung seiner Amtszeit: den Bau der Mauer.

Die Kernfrage nach dem 13. August 1961 lautete mit seinen eigenen Worten: »Wie die Mauer durchlässig machen, wenn wir schon auf längere Zeit mit ihr zu leben hätten?«

Die Teilung mit festen Grundsätzen, aber flexibler Taktik im Sinne der Menschen zu meistern: Diesen Grundgedanken der neuen Ostpolitik erprobte Willy Brandt bereits unmittelbar nach dem Mauerbau. Er richtete seine Politik danach aus, was den Menschen in Berlin nützte. Er wusste: Der Schlüssel zur Wiedervereinigung lag in Moskau. Und die Sowjetführung würde auf lange Sicht nicht bereit sein, die DDR aufzugeben.

Deshalb musste alles getan werden, damit die Menschen in beiden Teilen Berlins das Gefühl der Zusammengehörigkeit nicht verlieren. Also mit den Machthabern im Osten sprechen, über Erleichterungen verhandeln, die Mauer durchlässig machen. Und zugleich am Ziel der Wiedervereinigung festhalten.

Diese Politik war sehr umstritten, sie musste hart erkämpft werden. Nichts polarisierte die bundesdeutsche Nachkriegsgesellschaft so sehr wie Willy Brandts Ostpolitik. Und erst der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung auf den Tag genau 33 Jahre nach Willy Brandts Wahl zum Regierenden Bürgermeister von Berlin haben die Richtigkeit seiner Politik bestätigt.

Berlin war während Willy Brandts Amtszeit geteilt und Frontstadt am Eisernen Vorhang. Heute ist es weltoffene Metropole im Herzen des vereinten Europa.

Damals schauten die Menschen auf Berlin. Die Stadt erfuhr wegen der Teilung eine Welle der Solidarität und des Mitgefühls. Man befürchtete auch, ein Konflikt an der Mauer könne einen neuen Weltkrieg auslösen.

Auch heute schaut die Welt auf Berlin. Aber aus ganz anderen Gründen. Die deutsche Hauptstadt fasziniert die Menschen!

Auch heute hat die Stadt Probleme. Sie sind nicht vergleichbar mit den existenziellen Nöten, mit denen Willy Brandt zu kämpfen hatte. Aber sie sind Zeichen unserer Zeit. Manche Probleme sind bei uns zugespitzter als anderswo in Deutschland. Aber auch die Chancen, diese Probleme zu lösen, sind größer geworden.

Das große Interesse an Berlin ist eine große Chance für Berlin und für Deutschland.

Berlin ist Labor für die Lösungen von morgen. Das ist das Vermächtnis eines Politikers wie Willy Brandt an seine Nachfolger.

Von seiner politischen Lebensleistung hat Berlin und hat Deutschland profitiert. Dass die Wiedervereinigung nach Jahrzehnten der Teilung vergleichsweise reibungslos funktionierte, dass die Berlinerinnen und Berliner ihr Gefühl der Zusammengehörigkeit immer bewahrt haben, das ist ein großes Verdienst Willy Brandts. Und wir dürfen nicht nachlassen, den Prozess der inneren Einheit Deutschlands zugunsten der Menschen im Osten zu gestalten.

Von Willy Brandt können wir auch künftig lernen, mutig Reformen anzupacken, wenn es darum geht, die Chancen von Migrantinnen und Migranten, von Familien, Alten und sozial Schwachen zu verbessern.

Dieses Vermächtnis Willy Brandts ist heute, 50 Jahre nach seiner Wahl zum Regierenden Bürgermeister und 15 Jahre nach seinem Tod, von drängender Aktualität.

WOLFGANG THIERSE

Grußwort des Kuratoriumsvorsitzenden
der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

Lieber Herr Altbundespräsident Scheel,
Exzellenzen,
sehr geehrter Herr Präsident Momper,
sehr geehrter Herr Regierender Bürgermeister,
liebe Familie Brandt,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Als Vorsitzender des Kuratoriums der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung möchte auch ich Sie sehr herzlich zu unserem Festakt anlässlich des 50. Jahrestages der Wahl Willy Brandts zum Regierenden Bürgermeister von Berlin begrüßen. Ich freue mich sehr, dass wir diese besondere Veranstaltung in Zusammenarbeit mit dem Berliner Senat und unter Mitwirkung des Regierenden Bürgermeisters durchführen können.

Wir bedanken uns beim Quartett des Jazz-Instituts Berlin unter der Leitung von Herrn Professor Wolfgang Köhler für die stimmige Eröffnung des Abends und die weitere musikalische Begleitung.

Besonders herzlich möchte ich den Festredner des heutigen Abends, Herrn Regierenden Bürgermeister a. D. Dr. Klaus Schütz, begrüßen. Wir danken Ihnen, lieber Herr Schütz, dass Sie uns als enger politischer Wegbegleiter und Freund Willy Brandts heute Abend Ihre Gedanken zu diesem historischen Tag mitteilen wollen.

Eine der wichtigsten Aufgaben unserer Stiftung in den zurückliegenden zehn Jahren war die kommentierte Veröffentlichung der Reden, Briefe, Aufzeichnungen und sonstigen Veröffentlichungen Willy Brandts in der Edition Berliner Ausgabe. Neun der zehn geplanten Bände der Hauptreihe liegen bereits gedruckt vor. Band 3 trägt den Titel »Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947-1966«. Das Buch belegt in beeindruckender Weise, wie Willy Brandt als Regierender Bürgermeister die großen historischen Herausforderungen der Berlin-Krise und des Mauerbaus bestand und dabei Mut, Tatkraft und politische Weitsicht bewies. Der Kampf für die Freiheit Berlins und seiner Bewohner stand für Willy Brandt immer im Mittelpunkt. »Berlin bleibt frei« – so lautet

auch Titel, den Sie, lieber Klaus Schütz, für Ihren Vortrag am heutigen Abend gewählt haben.

Meine Damen und Herren, hier in Berlin begann der politische Aufstieg Willy Brandts zu einem der wichtigsten deutschen und europäischen Staatsmänner des 20. Jahrhunderts. In dieser Stadt wurde Willy Brandt wie kein anderer zu einem Symbol für den unbedingten Willen der Berliner, ihre Freiheit zu wahren. Und hier entwickelte und erprobte er mit Erfolg das Konzept seiner neuen Ost- und Deutschlandpolitik.

In Anbetracht der Bedeutung Willy Brandts für Berlin und Berlins für Willy Brandt haben die Mitglieder des Deutschen Bundestages 1994 ganz bewusst die deutsche Hauptstadt als Sitz der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung gewählt. Dabei schätzen wir uns sehr glücklich, dass unsere Stiftung hier im Rathaus Schöneberg, also am früheren Amtssitz des Regierenden Bürgermeisters im freien Teil der Stadt, ihre ständige Ausstellung und ihre Geschäftsstelle hat.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, Sie kurz über die bedeutendsten Entwicklungen unserer Stiftungsarbeit im zurückliegenden Jahr zu unterrichten.

Und dabei freue ich mich, an den Anfang ein großes öffentliches Dankeschön an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, stellen zu können: Unser wichtigstes Projekt ist derzeit immer noch das Willy-Brandt-Haus Lübeck, das nunmehr kurz vor seiner Eröffnung steht. Heute vor genau zwei Jahren, am Rande einer Festveranstaltung in diesem Saal, entstand die Idee, das Land Berlin zu bitten, uns ein ganz besonderes Exponat für die in der Geburtsstadt Willy Brandts geplante ständige Ausstellung zu schenken: ein Stück der Berliner Mauer. Wir haben Sie, lieber Klaus Wowereit, noch an jenem Abend darauf angesprochen, und schon zwei Tage später lag die Zusage vor: Der Senat schenkt der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung für ihre künftige Dependance in Lübeck ein Stück Berliner Mauer – das einzige noch in Landeseigentum befindliche Segment. Die letzten beiden Mauerstücke, teilte man uns aus dem Roten Rathaus mit, seien als Geschenke nach New York und nach Seoul gegangen.

In einer geradezu spektakulären Aktion wurde das Mauerstück vor wenigen Wochen mit Hilfe des THW Berlin nach Lübeck transportiert und nachts mit einem riesigen Kran über das Dach des Gebäudes Königstraße 21, des künftigen Willy-Brandt-Hauses, gehoben. Das Mauer-Segment steht jetzt als erstes und sicherlich eindrucksvollstes Exponat der geplanten ständigen Willy-Brandt-Ausstellung im Innenhof des Hauses. Es wird – und das halte ich für sehr wichtig – besonders jungen Menschen, die das Willy-Brandt-Haus künftig besuchen, eine anschauliche Vorstellung von dem scheußlichen Bauwerk vermitteln, das unsere Stadt über Jahrzehnte geteilt hat.

Ganz herzlichen Dank, lieber Klaus Wowereit, und dem Land Berlin für dieses großzügige Geschenk!

Meine Damen und Herren, in genau 75 Tagen, am 18. Dezember, dem 94. Geburtstag Willy Brandts, ist es so weit: Das Willy-Brandt-Haus Lübeck öffnet als Gedenk- und Bildungsstätte unserer Stiftung seine Pforten. Endlich wird es dann in der Heimatstadt des früheren Bundeskanzlers einen Ort geben, an dem diesem bedeutenden Staatsmann und großen Sohn der Hansestadt gedacht wird.

Dieses Projekt ist eine große Herausforderung für unsere Stiftung, und ich bin zuversichtlich, dass wir im Willy-Brandt-Haus – über das allgemeine politisch-historische Bildungsprogramm hinaus – eine attraktive Ausstellung bieten werden, die auch das Interesse von jungen Menschen wecken wird.

Meine Damen und Herren, auch in Berlin sind wir im vergangenen Jahr im Sinne unseres Stiftungsauftrages aktiv geblieben. Ich möchte an dieser Stelle nur auf zwei Publikationen hinweisen, die frisch erschienen sind: Mit dem Editionsband »Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946« eröffnen wir im Bonner Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger eine neue Schriftenreihe »Willy-Brandt-Dokumente«. Die Brandt-Schrift, die er in seiner Zeit als journalistischer Beobachter des Nürnberger Kriegsverbrecherprozesses verfasste, wurde von Herrn Professor Einhart Lorenz kommentiert und ist ein spannendes Zeugnis aus der unmittelbaren Nachkriegszeit, das unsere Stiftung erstmals ungekürzt veröffentlicht. Viele Leser werden von der differenzierten Betrachtung Brandts über Deutschland und die Deutschen beeindruckt sein.

Besondere Aufmerksamkeit wird, davon bin ich überzeugt, auch dem zweiten Buch zuteil werden, das in diesen Tagen in den Handel kommt: Die erfolgreichen Berliner Autorinnen Sabine Carbon und Barbara Lücker haben mit unserer Unterstützung ein illustriertes Kinder- und Jugendbuch über Willy Brandt entwickelt, das ich Ihnen ebenfalls ans Herz legen möchte. Sein Titel lautet »Willy. Die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers« – ein witziges und originelles Werk mit einem sympathischen Kater als Erzählfigur, das auch so manchen erwachsenen Leser begeistern wird. Es handelt

sich, das möchte ich hinzufügen, um das erste Kinderbuch über einen deutschen Nachkriegspolitiker überhaupt.

Ein kurzer Blick nach vorn in das Jahr 2008: Am 4. März findet im Roten Rathaus das nächste Willy-Brandt-Gespräch statt, das sich – dann hoch aktuell – mit den deutsch-russischen Beziehungen am Vorabend der Präsidentschaftswahlen in der Russischen Föderation befassen wird. Dass wir Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier als Hauptredner gewinnen konnten, wird diese Veranstaltung zweifellos auf die Ebene des ganz Besonderen heben.

Im nächsten Jahr werden wir zudem in Zusammenarbeit mit der Humboldt-Universität Berlin eine neue Veranstaltungsreihe mit internationaler Ausstrahlung auflegen: Für die so genannte Willy-Brandt-Vorlesung in der Aula der HU sollen künftig einmal jährlich herausragende Persönlichkeiten von internationalem Renommee aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft oder Kultur eingeladen werden, einen Vortrag zu halten und dabei – unter Bezugnahme auf das Erbe Willy Brandts – Themen der Zeitgeschichte und Politik aufgreifen, die für unsere Gegenwart und Zukunft wie für das Verständnis unserer Vergangenheit von zentraler Bedeutung sind.

Meine Damen und Herren, um sich über Willy Brandt und seine historische Bedeutung – gerade für Berlin – zu informieren, steht auch weiterhin unsere ständige Ausstellung hier im Rathaus Schöneberg an sechs Tagen in der Woche offen. Besonders wichtig ist es uns, die Jugend für Willy Brandt und seine Themen zu interessieren, und deshalb möchte ich die Einladung an Berliner Lehrer erneuern, mit ihren Schülern zu uns zu kommen und sich auch museumspädagogisch von unseren Mitarbeitern betreuen zu lassen.

Meine Damen und Herren, ich komme nun zu meiner vornehmlichsten Aufgabe des heutigen Abends.

Unsere Stiftung verleiht alle zwei Jahre den »Willy-Brandt-Preis zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern«. Ausgezeichnet werden soll eine herausragende wissenschaftliche Arbeit, sofern sie einen Bezug zum politischen Wirken Willy Brandts hat.

Der Willy-Brandt-Preis 2007 wurde im Oktober vergangenen Jahres öffentlich ausgeschrieben. Sieben Wissenschaftler haben sich daraufhin beworben. Auf Vorschlag der Auswahlkommission hat das Kuratorium Anfang August beschlossen, dass Herr Dr. Robin Allers, der mit seiner Familie in der Nähe von Oslo lebt, für die von ihm vorgelegte Dissertation ausgezeichnet werden soll. Sie trägt den Titel »Beinahe eine special relationsship – Deutsch-norwegische Beziehungen und die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften in der Ära Brandt 1966-1973«.

Sehr geehrter Herr Allers, meine Damen und Herren,

Norwegen ist Willy Brandt während seiner Exilzeit zu einer zweiten Heimat geworden. Er hat das Land und seine Menschen über alle Maßen schätzen gelernt. Zeitweilig hatte Willy Brandt – nach seiner Ausbürgerung durch die Nationalsozialisten – sogar die norwegische Staatsbürgerschaft inne, die er 1948 wieder zugunsten der deutschen aufgegeben hat.

Welche Bedeutung der frühere Bundeskanzler für die Beziehungen – und besonders für die Aussöhnung – zwischen beiden Ländern hat, hat uns Ihre herausragende Arbeit, Herr Allers, noch einmal ganz deutlich ins Bewusstsein gerufen. Dass es ein Herzenswunsch Willy Brandts war, Norwegen nicht nur dichter an Deutschland, sondern auch dichter an die gesamte Europäische Gemeinschaft heranzuführen, kann dabei nur nahe liegen.

Die Auswahlkommission schreibt im Urteil zu Ihrer Arbeit, die im nächsten Jahr in unserer Reihe »Willy-Brandt-Studien« veröffentlicht werden soll – ich zitiere im Auszug:

»Robin Allers liefert eine nahe, detaillierte und methodisch reflektierte Untersuchung der personellen Netzwerke und der sachlichen Faktoren, die für die Beziehungen zwischen Norwegen und Deutschland und für das Verhältnis von Norwegen zur Europäischen Gemeinschaft wichtig waren. Dabei werden materielle Interessen ebenso analysiert wie die historischen und mentalen Belastungen im gegenseitigen Verhältnis, die auf die deutsche Besatzungszeit während des Zweiten Weltkrieges zurückzuführen sind. Kein anderer deutscher Politiker der Nachkriegszeit – auch dies belegt die Allers-Studie – hat so viel dazu beigetragen, das Deutschlandbild der Norweger im positiven Sinne zu verändern, wie Willy Brandt.«

Ich möchte Sie jetzt bitten, zu mir auf das Podium zu kommen, damit ich die Urkunde überreichen kann:

»Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung verleiht Herrn Dr. Robin M. Allers für die Dissertation zum Thema ›Beinahe eine special relationship – Deutsch-norwegische Beziehungen und die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften in der Ära Brandt 1966-1973‹ den Willy-Brandt-Preis 2007 zur Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern.«

Herzlichen Glückwunsch!

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich mich dem Festredner des heu-

tigen Abends zuwenden, der unserer Stiftung schon seit vielen Jahren eng verbunden ist.

Lieber Herr Dr. Schütz, Willy Brandt hat Sie bereits als jungen Mann in seinen Bann gezogen. Hier im Rathaus Schöneberg gehörten Sie – gemeinsam mit Egon Bahr – zu seinen engsten Mitarbeitern. Sie haben die neue Ost- und Deutschlandpolitik mitkonzipiert und mitgestaltet.

Als Willy Brandt 1966 als Bundesaußenminister in das Kabinett Kiesinger eintrat, haben Sie mit Erfolg die große Lücke geschlossen, die in Berlin entstand. Von 1967 bis 1977 lenkten Sie als Regierender Bürgermeister maßgeblich die Geschicke dieser Stadt. In Ihrer Amtszeit haben Sie sich dafür eingesetzt, West-Berlin noch stärker an die Bundesrepublik zu binden. Sie wollten die Stadt aus ihrer »Insellage« herausführen und an dem Modell einer »normalen Stadt« orientieren.

Natürlich war der politische Handlungsspielraum hier in der Vier-Mächte-Stadt Berlin sowohl für den Senat als auch für die Bundesregierung in Bonn begrenzt. Dennoch haben Sie, lieber Herr Schütz, mit Ihrer nüchternen und pragmatischen Politik in dieser Zeit Vieles für Berlin erreicht.

Berlin sind Sie stets treu geblieben. Die Menschen in der Hauptstadt sehen in Ihnen bis heute eine Integrationsfigur. Bis vor kurzem genossen Sie als Präsident des Deutschen Roten Kreuzes Berlin und als Ombudsmann der Berliner Zeitung das Vertrauen der Bürger und setzten sich mit großem Engagement für die Rechte des Einzelnen und für das Wohl der Allgemeinheit ein. Ihr Rat und Ihre Unterstützung sind bis heute hoch geschätzt.

Wir freuen uns nun auf Ihren Festvortrag zum Thema »Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt.«

Willy Brandt spricht im Mai 1948 auf dem Landesparteitag der Berliner SPD

KLAUS SCHÜTZ

BERLIN BLEIBT FREI – GEDANKEN ZU WILLY BRANDT

Es ist nicht einfach, über jene Zeit zu berichten, in der Willy Brandt zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt wurde.

Das gilt nicht für mich – und auch nicht für andere, die damals dabei waren. Wir wissen immer noch ganz gut Bescheid. Aber dies gilt für nicht wenige Berlinerinnen und Berliner. Für sie ist das eine Vergangenheit, die sie nicht kennen und mit deren Besonderheiten und Begriffswelt sie allein deshalb schon nicht viel anfangen können.

Dabei beklage ich gar nicht, dass eine Gestalt wie Willy Brandt etwa aus dem öffentlichen Bewusstsein verschwunden wäre. Denn genau das ist nicht der Fall. Willy Brandt ist noch immer auf vielfache Weise präsent.

Aber vielen von uns ist seine Zeit verloren gegangen. Es geht nicht nur darum, dass weitgehend vergessen ist, was hier los war in den ersten Jahren nach Nationalsozialismus und Krieg. Auch die Namen der Frauen und der Männer, die damals in außergewöhnlich schwieriger Zeit für Berlin verantwortlich waren, sind nur noch wenigen bekannt.

Viele der Dinge und Begebenheiten, um die es damals ging, sind verschwunden. Sozusagen im Nichts. Nur wenige können noch etwas anfangen mit Begriffen wie *Sektorengrenze* und *Zugangswege, Kommandatura* und *sowjetischem Veto, Blockade* und *Chruschtschow-Ultimatum, 17. Juni* und *Nichtanerkennungspolitik* – bis hin zu der Forderung nach einer *besonderen politischen Einheit Westberlin*.

Immerhin war in jenen Jahren, in denen Willy Brandt für diese Stadt wirkte, die Existenz dieser Begriffe sozusagen das tägliche Brot der Berliner Politik.

Aber auch aus der großen Palette der früher aktiven politischen Persönlichkeiten sind nicht mehr viele allgemein bekannt: Wer kennt noch Otto Bach[1] und Ernst Lemmer[2], Carl Hubert Schwennicke[3] und Franz Amrehn[4], Edith Krappe[5] und Hans Reif[6]? Um nur einige aus einer beachtlichen Zahl zu nennen.

1 Otto Bach (1899-1981), SPD, bis 1946 Leiter des Wirtschaftlichen Sekretariats im Zentralausschuss der SPD, 1946-1954 sowie 1958-1967 MdA, 1961-1967 Präsident des Abgeordnetenhauses.

Andere maßgebliche Persönlichkeiten aus der neueren Geschichte dieser Stadt haben dagegen in der Erinnerung überlebt. So etwa Louise Schröder[7] und Jakob Kaiser[8], Franz Neumann[9] und Otto Suhr[10], Walther Schreiber[11] und Ella Kay[12]. Ihre Namen tauchen hier und da noch auf, fast wie aus der Versenkung. Aber sie bleiben wenigstens durch die Namen von Schulen, Plätzen und Straßen in unserer Erinnerung.

Wenn ich es richtig sehe, so gibt es wohl nur zwei Männer, die auch heute noch ganz fest in der öffentlichen Erinnerung verankert sind: Ernst Reuter[13] – und eben Willy Brandt. Beide gehören für mich zu jenem Kreis großer Persönlichkeiten, von denen der Schweizer Kultursoziologe Jakob Burckhardt (1818-1897) in seinen »Weltgeschichtlichen Betrachtungen« gesprochen hat.

2 Ernst Lemmer (1898-1970), 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin, 1945-1947 Zweiter Vorsitzender der CDU in der SBZ, 1949 Übersiedlung nach Westberlin, 1950-1956 MdA und dort CDU-Fraktionsvorsitzender, 1952-1970 MdB (CDU), 1956-1961 Vorsitzender der CDU Berlin, 1956-1957 Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen, 1957-1962 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1964-1965 Bundesminister für Vertriebene, 1965-1969 Sonderbeauftragter des Bundeskanzlers für Berlin.

3 Carl-Huberg Schwennicke (1906-1992), 1945 Mitbegründer der LDP in Berlin, 1947 Vorsitzender der LDP bzw. der FDP, 1956 Übertritt zur FVP und Mitbegründer der Freien Deutschen Volkspartei, später Übertritt zur CDU, 1948 Lizenzträger des Berliner Montags-Echo.

4 Franz Amrehn (1912-1981), 1945 Beitritt zur CDU, 1950-1969 MdA, 1955-1963 Bürgermeister von Berlin, 1961-1969 Landesvorsitzender der Berliner CDU, 1963-1969 Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus.

5 Edith Krappe (1909-2006), Buchhalterin, 1928 SPD, 1945 Mitbegründerin der SPD in Berlin-Friedrichshain, 1946-1957 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung bzw. MdA, 1957-1972 MdB.

6 Hans Reif (1899-1984), 1922 DDP, 1945 LDPD, seit 1948 FDP, 1958-1959 Berliner FDP-Vorsitzender, 1954 Mitbegründer der Liberalen Internationalen, 1946-1951, 1946-1951 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung von Berlin, 1948-1949 MdPR, 1949-1957 MdB, 1963-1971 MdA und dessen Vizepräsident.

7 Louise Schroeder (1887-1957), 1910 SPD, 1946-1952 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung bzw. MdA, 1946-1951 Bürgermeisterin von Berlin, 1947-1948 Amtierende Oberbürgermeisterin von Berlin, 1948-1956 Mitglied des SPD-PV, 1949-1957 MdB.

8 Jakob Kaiser (1888-1961), 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin, 1945-1947 Vorsitzender der CDU in der SBZ, 1947-1949 MdPR, 1949-1957 MdB und Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1949-1958 Vorsitzender der CDU-Sozialausschüsse, 1950-1958 stellvertretender Vorsitzender der CDU, 1950-1961 Vorsitzender der Exil-CDU, 1958-1961 Ehrenvorsitzender der CDU.

Burckhardt orientiert die »historische Größe« einer Persönlichkeit an Begriffen wie »Einzigkeit« und »Unersetzlichkeit«, getreu dem Grundsatz: »Kein Mensch ist unersetzlich. Aber die Wenigen, die es sind, sind groß.«

Jawohl: Ernst Reuter und Willy Brandt waren in diesem Sinne sehr wohl groß! Zu ihrer Zeit und hier in Berlin waren sie – jeder für sich – einzig und unersetzlich!

Das Thema meines heutigen Vortrages lautet »Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt«. Über Willy Brandt also und über Berlin werde ich sprechen. Aber Ernst Reuter ist immer dabei.

Ich will versuchen, an drei Orientierungspunkten aufzuzeigen, worauf es mir dabei ankommt:

Es geht – erstens – um Berlin. Das heißt: Um die Ereignisse und Umstände, mit denen Willy Brandt es dort in seiner Zeit zu tun gehabt hat, in welche Zeit er und seine Politik also eingeordnet werden müssen.

---

9 Frank Neumann (1904-1974), Metallarbeiter und Fürsorger, 1920 SPD, 1933 Tätigkeit im Widerstand gegen die NS-Diktatur, 1934 Verurteilung zu 1- Jahren Gefängnis, 1946 Mitorganisator der Urabstimmung gegen eine Zwangsvereinigung der SPD mit der KPD, 1946-1958 Landesvorsitzender der SPD Berlin, 1946-1960 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung und MdA, 1949-1969 MdB, 1947-1958 Mitglied des SPD-PV, 1951-1958 SPD-Fraktionsvorsitzender im Berliner Abgeordnetenhaus.

10 Otto Suhr (1894-1957), 1946 Generalsekretär der SPD Berlin und Lizenzträger der SPD-Zeitschrift Das Sozialistische Jahrhundert, 1946-1955 Stadtverordnetenvorsteher bzw. Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, 1948-1957 Mitbegründer und Professor der Deutschen Hochschule für Politik, 1955-1957 Regierender Bürgermeister von Berlin.

11 Walther Schreiber (1884-1958), Rechtsanwalt, 1945 CDU, 1947-1958 Vorsitzender der CDU Berlin, 1948-1958 MdA (CDU), 1951-1953 Bürgermeister, 1953-1955 Regierender Bürgermeister von Berlin.

12 Ella Kay (1895-1988), 1919 SPD, 1923-1933 Stadtverordnete in Berlin, 1947 Bezirksbürgermeisterin in Berlin-Prenzlauer Berg, 1949-1955 Leiterin des Hauptjugendamtes, 1955-1962 Senatorin für Jugend, 1956-1959 Mitglied des SPD-PV, 1962-1971 MdA.

13 Ernst Reuter (1889-1953), 1912 SPD, 1918 KPD, 1922 erneut SPD, 1926-1931 Stadtrat für Verkehrswesen in Berlin, 1931-1933 Oberbürgermeister von Magdeburg, 1933 Entlassung und mehrfache Inhaftierung u.a. im KZ Lichtenburg, 1934 Emigration nach Großbritannien und Türkei, 1946 Rückkehr nach Deutschland, 1947 Stadtrat für Verkehr in Berlin und Oberbürgermeister von Berlin, von der sowjetischen Besatzungsmacht nicht anerkannt, 1948-1953 Oberbürgermeister (ab 1951: Regierender Bürgermeister) von Berlin.

Zweitens geht es mir darum, mich mit einer Sicht der Dinge auseinanderzusetzen, die offenbar weit verbreitet ist – nämlich dass Willy Brandts Berliner Jahre so etwas wie seine Lehrjahre gewesen sind und dass er erst später seine eigentliche Richtung gefunden hat, also erst nach seiner Berliner Zeit, dann schon als Bundespolitiker im engeren Sinne dieses Begriffs.

Und drittens möchte ich mich mit der Vorstellung auseinandersetzen, dass die neue Ost- und Deutschlandpolitik nur zu verstehen sei als eine Angelegenheit der sechziger und siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts – so als sei sie eine bloße Abwicklung von außenpolitischen Planspielen gewesen und als habe sie nur eine lose Bindung zu den Ereignissen des vorangegangenen Jahrzehnts gehabt.

1.

Mein Ausgangspunkt ist also Berlin. In den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ist es vor allem um eins gegangen: um die Freiheit dieser Stadt. Aber wann hat der Freiheitskampf um Berlin begonnen? Und wie können wir diesen Freiheitskampf heute in seinen einzelnen Phasen verstehen?

Der Freiheitskampf um Berlin begann nach meiner Zeitrechnung am 30. März 1946 und endete mit dem Fall der Mauer am 9. November 1989.

Ich will diesen Freiheitskampf anhand einiger stichpunktartiger Hinweise verdeutlichen. Und damit will ich versuchen, die schwierigen Umstände zumindest andeutungsweise zu beschreiben, unter denen jede Führung des freien Berlins damals zu operieren hatte.

Am 30. März 1946 schrieben 23.755 Berliner Sozialdemokraten deutsche, wenn nicht gar europäische Geschichte – und dies auf einem roten Stimmzettel: Sie stimmten ab im Rahmen der ersten Urabstimmung in der Geschichte ihrer Partei. Sie stimmten ab darüber, ob sie »für den sofortigen Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien« waren, also für die Fusion von SPD und KPD. Und sie gaben zugleich ihr Votum darüber ab, ob sie als Alternative ein Bündnis zwischen den beiden Parteien wünschten.

72 Prozent aller SPD-Parteimitglieder in den drei Westsektoren Berlins beteiligten sich an dieser Urabstimmung. Gegen die Vereinigung mit der KPD stimmten 19.529 Mitglieder, dafür 2.937. Für eine Zusammenarbeit auf vertraglicher Grundlage sprachen sich 14.763 Mitglieder aus, 5.559 stimmten dagegen.

Es war eine Entscheidung von außergewöhnlich hoher Bedeutung, nicht nur für die Berliner Sozialdemokraten, sondern weit über die Grenzen der Stadt hinaus. Und dies obwohl zur damaligen Zeit niemand wissen konnte, wie sich die Lage in dem von den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges regierten Deutschland weiterentwickeln würde.

Ein historisches Ereignis wie diese Urabstimmung hatte natürlich seine Vorgeschichte. Da war etwa die Reihe direkter Gespräche zwischen SPD und KPD mit ihren teilweise verwirrenden Phasen. Aber hierüber will ich heute nicht sprechen.

Und da ist der Augenblick selbst, an dem diese Urabstimmung eine neue und zusätzliche Qualität gewann. Die Urabstimmung vom 30. März 1946 steht zwar auch in Zukunft für den Kampf der Sozialdemokraten um die Eigenständigkeit ihrer Partei und gegen die Zwangsvereinigung mit der KPD zur SED. Aber dieses Ereignis, so meine These, bildete zugleich den Ausgangspunkt für den Freiheitskampf um Berlin: Denn das Ergebnis der Abstimmung führte zu einer grundlegend veränderten Situation innerhalb der Alliierten Kommandatura der Vier-Mächte-Stadt. Es war der Beginn der Spaltung in ein westliches und in ein östliches Lager, langsam und schrittweise.

In Berlin begann der Kalte Krieg.

An dieser Stelle bietet sich ein Blick noch weiter zurück in die Zeit unmittelbar nach Kriegsende an. Da ist es wichtig zu wissen, dass schon im Juni 1945 die Sowjetunion mit dem SMAD-Befehl Nr. 2 in ihrer Besatzungszone – ohne die drei Westmächte zuvor zu verständigen – »antifaschistische Parteien« zugelassen hatte. So wurden in Berlin und in der Sowjetzone die vier großen Nachkriegsparteien Deutschlands gegründet: die KPD, die SPD, die CDU und die LDP, die Liberal-demokratische Partei – also mit einem beachtlichen zeitlichen Vorsprung vor den Parteien in den Westzonen.

Am 15. Juni 1945 war in Berlin ein Zentralausschuss der SPD mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit getreten. Bei diesem Gremium, dessen Vorsitz Otto Grotewohl[14] übernahm, handelte es sich um einen Zusammenschluss von Sozialdemokraten, die sich von früher kannten oder die voneinander gehört hatten. Es war ein Führungsgremium ohne organisatorische Basis, das sich selbst ein Mandat ausgestellt hatte. Der Zentralausschuss erklärte, die organisatorische Einheit der deutschen Arbeiterklasse herbeiführen zu wollen. Er musste allerdings bald feststellen, dass zu diesem Zeitpunkt die deutschen Kommunisten genau das nicht wollten.

Aber schon bald wurden bei den Kommunisten Stimmen der Ernüchterung und der Enttäuschung laut. Sie merkten nämlich, dass sie ihre Anziehungskraft bei den Massen grob überschätzt hatten. Hinzu kamen bald die ersten Wahlergebnisse aus Ungarn und aus Österreich, wo die dortigen kommunistischen Parteien schwere Niederlagen erlitten.

Da vollzog Walter Ulbricht[15] , der seit Kriegsende den Wiederaufbau der KPD organisierte, einen dramatischen Kurswechsel, schnell und ohne lange Erklärungen. Er sprach davon, dass zwischen den beiden Arbeiterparteien die Gemeinsamkeit vollzogen werden müsse und dass dies keinen Aufschub dulde. Plötzlich forderten die Kommunisten die sofortige Fusion von KPD und SPD in Berlin und in der sowjetischen Besatzungszone. Und sie forderten dies mit aller Macht.

Nach manchem Hin und Her stimmte der Zentralausschuss der SPD diesem Schritt schließlich zu: Beide Parteiführungen beriefen für April 1946 einen Kongress in Berlin ein, um dort die Vereinigung beider Parteien beschließen zu lassen.

Doch dadurch forderten sie die Gegner der Vereinigung in den sozialdemokratischen Reihen erst heraus. Diese mussten jetzt schnell handeln. Und so trat der Kampf um eine freie Sozialdemokratie in ein neues, entscheidendes Stadium.

In den vorausgegangenen Wochen hatte sich eine Gruppe meist jüngerer Sozialdemokraten getroffen, um gegen die geplante Fusion entscheidende Weichen zu stellen. Es handelte sich um Mitglieder aus mehreren Kreisorganisationen. Wichtig war hier: Sie stammten alle aus den westlichen Sektoren der Stadt, vornehmlich aus Tempelhof, Wedding, Reinickendorf und Spandau. Diese Sozialdemokraten waren es, die für die am 1. März 1946 geplante Funktionärskonferenz im Berliner Admiralspalast die »Reinickendorfer Resolu-

---

14 Otto Grotewohl (1894-1964), 1945 Mitbegründer der SPD in Berlin, 1945-1946 Mitglied des Zentralausschusses der SPD, 1946-1954 Vorsitzender der SED, 1949-1964 Ministerpräsident der DDR.

15 Walter Ulbricht (1893-1973), 1919 KPD, 1933 Emigration in die SU, 1945 Rückkehr nach Deutschland, 1946-1950 stellvertretender der SED, 1950-1953 Generalsekretär des ZK der SED, 1953-1971 1. Sekretär des ZK der SED, 1960-1973 Vorsitzender des Staatsrats.

tion« vorbereiteten. Mit der Annahme dieser Resolution errangen sie den ersten Erfolg im Kampf gegen die Zwangsvereinigung.

Auf jener Konferenz, die wohl zu Recht »historisch« genannt werden kann, stellte der Reinickendorfer Sozialdemokrat Franz Neumann den Antrag, die SPD-Mitglieder in einer Urabstimmung über den Fusionsplan abstimmen zu lassen. Dieser Vorschlag wurde dann von den Mitgliedern des Zentralausschusses mit großer Mehrheit angenommen.

Die sowjetische Militärverwaltung verbot jedoch die Durchführung der Urabstimmung in ihrem Sektor. Sie konnte daher nur in den drei Westsektoren Berlins stattfinden – sozusagen unter dem ausdrücklichen Schutz der Amerikaner, Briten und Franzosen. Im Frühjahr 1946 fanden die drei Westalliierten und die Berlinerinnen und Berliner eine gemeinsame Basis. Von diesem Zeitpunkt an standen sie fest zusammen.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass sich maßgebliche Repräsentanten der Westmächte der Bedeutung dieses Vorgangs erst nach und nach bewusst wurden. Doch zum Glück verstanden viele der westlichen Journalisten, was hier in Berlin damals auf dem Spiel stand. Und genauso wichtig war es, dass sehr bald auch einige Beamte der westlichen Militärregierungen die Bedeutung der neuen Entwicklung erkannten, darunter vor allem die politischen Verbindungsoffiziere. Sie waren es, die den Sozialdemokraten bei dem einen oder anderen Problem organisatorisch oder technisch weiter halfen. Vor allem aber sorgten sie dafür, dass die Urabstimmung in den Westsektoren durchgeführt werden konnte.

Niemand darf vergessen: Die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich hatten noch einen weiten Weg zu gehen bis zu ihrer gemeinsamen Entscheidung, das mitten im sowjetischen Hoheitsgebiet gelegene Berlin um jeden Preis »zu halten« – eine Stadt, die mit dem Westen, wie es hieß, nur durch »eine einzige holprige Eisenbahnlinie, eine von den Sowjets kontrollierte Autobahn und drei Luftschneisen« verbunden war.

Der Eindruck, den die ersten westlichen Verbindungsoffiziere, die im Mai 1945 nach Berlin gekommen waren, erhalten hatten, war der einer total zerstörten Stadt. Ihre Berichte bestätigten die noch während der Kriegshandlungen geäußerte Auffassung von General Dwight D. Eisenhower[16], dass Berlin selbst kein besonders wichtiges Ziel mehr war. Die sowjetische Führung hingegen hatte die Reichshauptstadt von vornherein als potenzielles Zentrum für ein wieder erwachendes politisches Leben in Deutschland betrachtet.

Erst die Jahre bis 1948 haben die drei Westmächte gelehrt, dass Berlins Zukunft auch für die Zukunft Deutschlands und für die Kraft ihrer Autorität unentbehrlich war.

Als der Kalte Krieg anfing, übernahm Berlin eine zentrale Rolle. Zugleich beurteilte man die Lage der Stadt zur damaligen Zeit als instabil und ihre Zukunft als ungewiss. Das hat sich mit Beginn der Blockade und durch spätere Entwicklungen zwar wesentlich geändert. Aber bei der Bevölkerung und in der Berliner Politik sind Reste dieser Einschätzung der Lage noch lange erhalten geblieben.

2.

Ich komme zu meinem zweiten Punkt und zu der Frage: Wie beeinflusste die Geschichte dieser Stadt den Politiker Willy Brandt und was bewirkte er wiederum in und für Berlin? Waren es wirklich nur Lehrjahre, die er hier absolvierte?

Bei der Verwendung einer Bezeichnung dieser Art ist es wichtig, sich zu erinnern, dass die Stadt schon bald nach der Befreiung vom Nationalsozialismus in der Person von Ernst Reuter eine außerordentliche Persönlichkeit an ihrer Spitze hatte. Reuter war nicht nur ein erfahrener Mann der Kommunalpolitik. Er kannte sich aufgrund eigener Erfahrung auch sehr gut in der kommunistischen Denkweise und in stalinistischer Strategie aus. Hinzu kommt: Ernst Reuter brachte in das Berliner Amt ein außergewöhnlich hohes Maßan politischer Weisheit ein.

So gesehen ist es sicherlich richtig: Willy Brandt konnte sein eigenes Profil an keiner Persönlichkeit von vergleichbarem Kaliber besser schärfen als an Ernst Reuter.

Als einen »Auszubildenden« sollte man sich Brandt deshalb dennoch nicht vorstellen. Seine Beiträge zur Berliner Politik hatten von Anfang an ihren eigenen Charakter.

Um bei dem Bild zu bleiben: Beide, Ernst Reuter und Willy Brandt, haben sich hier in Berlin als Meister getroffen. Beide waren kongenial, jeder auf seine

16 Dwight D. Eisenhower (1890-1969), 1944-1945 Oberbefehlshaber der Alliierten Streitkräfte in Westeuropa, 1950-1953 NATO-Oberbefehlshaber, 1953-1961 Präsident der USA.

Ernst Reuter und Willy Brandt im Oktober 1951 auf dem Landesparteitag der Berliner SPD

Weise. Und beide stimmten völlig überein und standen Seite an Seite, als es darum ging, die Freiheit in Berlin zu bewahren.

Vier Jahre nach Reuters allzu frühem und plötzlichem Tod wurde Willy Brandt am 3. Oktober 1957 zum Regierenden Bürgermeister von Berlin gewählt. Das war kein gerader Weg an die Spitze gewesen, vielmehr ein mühsamer harter Kampf gegen Widerstände vor allem des traditionalistischen Flügels der Berliner SPD um Franz Neumann, der schon Ernst Reuter das Leben schwer gemacht hatte. Ich konnte einen Beitrag dazu leisten, dass Brandt sich letztlich durchsetzte.

Was war das Prägende seiner Regierungszeit? Die Antwort darauf wird klarer, wenn man die Entwicklung Berlins zwischen 1945 und 1989 in zwei Perioden einteilt. Und heute, mehr als fünfzehn Jahre nach der Wende und damit nach dem totalen Zusammenbruch des kommunistischen Weltsystems, meine ich, dass dies so gesehen werden muss und allgemein auch so gesehen wird.

Am Schnittpunkt dieser beiden Perioden liegt der 13. August 1961, der Tag, an dem der Bau der Berliner Mauer begann. Durch dieses Ereignis entstand eine völlig neue Situation, die erst einmal erkannt werden musste und aus der Konsequenzen für das künftige Handeln zu ziehen waren.

Diese Einschätzung bleibt gültig, wenngleich mit einer nicht unwesentlichen Einschränkung: Der 13. August 1961 hat allgemein gezeigt, was im geteilten Deutschland und was im umkämpften Berlin nicht mehr möglich war. Und der Mauerbau hat zugleich verdeutlicht, was auch in Zukunft nicht mehr möglich sein würde. Insofern bot der Mauerbau eine wichtige Lektion in Sachen »Anerkennung von Realität«. Nur: Die Lehren mussten erst mühsam gezogen werden, und dies unter einer veränderten Praxis, wenn nicht gar unter einer neuen.

An dieser Stelle kommt Willy Brandt ins Spiel. Für die zu treffenden Schlussfolgerungen hat er im Sommer des Jahres 1963 in seiner berühmt gewordenen Tutzinger Rede den Gesamtrahmen aufgezeigt, umfassend und für jedermann verständlich.

Das Jahr 1963 war ein besonderes Jahr, ein Jahr von entscheidender Bedeutung. Am 26. Juni 1963 kam US-Präsident John F. Kennedy nach Berlin. Er legte in einer bewegenden Rede ein Bekenntnis zur Freiheit und Sicherheit West-Berlins ab. Und: Am 17. Dezember 1963, am Vorabend des 50. Geburtstages von Willy Brandt übrigens, wurde zwischen der Regierung der DDR und dem Senat von Berlin das erste Passierscheinabkommen abgeschlossen. Willy Brandt hat diesen Tag damals als seinen bisher glücklichsten im Leben bezeichnet.

Für die folgenden Jahre sollten beide Ereignisse ihren prägenden Wert haben. Zum einen, weil ein bis dahin immer schwebender Zweifel, wie verlässlich die westliche Berlin-Politik tatsächlich war, auf souveräne Weise vom Tisch gewischt worden war. Zum anderen, weil von der ersten Vereinbarung zwischen der DDR und dem Berliner Senat vom 17. Dezember 1963 an klar war, dass es in Zukunft vertraglich geregelte Verhältnisse geben kann und geben wird – in Berlin und um Berlin herum.

Das ist damals, wie ich weiß, nicht von allen so gesehen worden. Aber die Unterschriften unter das Passierscheinabkommen vom Dezember 1963 haben geradezu historischen Charakter, erst recht aus heutiger Sicht. Der Grund: Weil die Politik des freien Deutschlands, so wie sie bis dahin gegolten hatte, also die Politik der Nichtanerkennung der DDR durch die Bundesrepublik, dadurch überholt wurde.

Mit einem klugen Dreh, durch eine so genannte salvatorische Klausel, wurden damals die ersten offiziellen Kontakte zwischen den beiden Deutschland eingeführt. Was bisher nicht hatte sein dürfen, war von nun an möglich.

Die Schwierigkeiten, zu einer Regelung der Vernunft in der geteilten Stadt zu kommen, waren genau auf diese Frage der Anerkennung konzentriert. Dabei war es interessanterweise gar nicht so schwer, mit der DDR zu einer solchen Vereinbarung wie dem Passierscheinabkommen zu gelangen. Das Problem lag zuerst und vor allem in Bonn, und nur durch eine sorgfältig durchdachte Formel konnte es überwunden werden. Und diese Formel hieß: Beide Seiten lassen sich »ungeachtet der unterschiedlichen politischen und rechtlichen Standpunkte« von der Möglichkeit leiten, »humanitäre Anliegen« zu verwirklichen, trotz der Feststellung, »dass eine Einigung über gemeinsame Orts-, Behörden- und Amtsbezeichnungen nicht erzielt werden konnte«.

Bundesminister Ludger Westrick, seinerzeit Chef des Bundeskanzleramts, hatte nach einer ziemlich dramatischen Debatte in später Nacht für die Bundesregierung dieser Formulierung zugestimmt – nicht ohne Zögern, am Ende dann aber doch vollinhaltlich.

Ich kann mich deshalb noch so genau daran erinnern, weil ich als Bevollmächtigter Berlins beim Bund die entscheidenden Gespräche mit Ludger Westrick in jener Nacht geführt habe. Westrick und dann vor allem Bundeskanzler Ludwig Erhard waren infolgedessen in ihrer Partei heftigen Angriffen ausgesetzt – so heftig, dass sich Erhard veranlasst sah, am 7. Januar 1964 vor der Bundestagsfraktion der CDU/CSU zu erklären: »Es war das Äußerste, was gerade noch duldsam erschien. Aber wir können nicht einen Schritt weiter gehen.«

Zu diesem Zeitpunkt aber hatte Willy Brandt als Regierender Bürgermeister schon erklärt, dass 1963 für Berlin kein schlechtes Jahr gewesen war. Denn: »In diesem Jahr hat jene Berlin-Krise ihr Ende gefunden, die 1958 durch das sowjetische November-Ultimatum eingeleitet wurde. West-Berlin ist frei geblieben.« Brandt fügte hinzu, dass als notwendige Konsequenz gerade jetzt die »Politik der kleinen Schritte« fortgesetzt werden müsse: »Dabei sind wir niemals auf den Gedanken gekommen, hierin einen Ersatz für die eigentlichen, größeren Lösungen zu sehen. Große Schritte sind in den meisten Fällen besser als kleine. Aber kleine Schritte sind in der Regel besser als keine.«

Brigitte Seebacher ist dafür zu danken, dass sie in ihrem bemerkenswerten Buch über Willy Brandt[17] einen handgeschriebenen Brief von Jackie Kennedy erstmals veröffentlicht hat. Dieser Brief wurde nach dem Tod des amerikanischen Präsidenten geschrieben, und in ihm spottet Jackie Kennedy über die Kritik, die der Regierende Bürgermeister für die Unterzeichnung des Passierscheinabkommens erhalten hatte: »I know my husband would have done what you did because he cared about people and so do you. The other people just care about facts and they are not humane.«[18]

In einem zentralen Punkt mag der Begriff der Lehrjahre allerdings doch uneingeschränkt zutreffen. Analysiert man die Reden, die Willy Brandt mit Bezug auf Berlin gehalten hat, stellt man fest, dass sich seine Art, öffentlich zu reden, seit den ersten Jahren nach der Befreiung auf bemerkenswerte Weise verändert hat. Brandt war sehr wohl noch nicht gereift, zumindest war er noch nicht so »fertig«, wie ihn viele heute in Erinnerung haben, darunter auch wir, seine früheren engeren Mitarbeiter.

Das wird besonders deutlich, wenn man das Handwerkliche und die Kunst seiner Rede aus den vierziger und fünfziger Jahren mit den Erklärungen und seiner Rhetorik als Regierender Bürgermeister ab 1957 vergleicht.

Ich sage dies auch, weil es mir Gelegenheit gibt, der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung für die Berliner Ausgabe der Reden und Schriften Willy Brandts zu danken, die von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler herausgegeben wird. Der dritte Band der Edition behandelt Willy Brandts Jahre in Berlin und wurde von Siegfried Heimann besonders sorgfältig bearbeitet.

Wenn man sich mit Brandts Wirken für diese Stadt befasst, muss man sich vor Augen halten, dass das Amt des Regierenden Bürgermeisters in jenen Jahren von jedem seiner Inhaber mehr Einsatz erfordert hat als dies irgendwo sonst in der deutschen Politik der Fall war.

Das hieß in der Praxis: Willy Brandt musste sich selbst und seine Politik fast jeden Tag neu darstellen, bei den unterschiedlichsten Gelegenheiten: vor großen Menschenansammlungen und vor kleineren Gruppen, auf freiem Feld und in normalen Tagungsräumen – immer wieder neu und immer wieder unter veränderten Voraussetzungen.

---

17 Brigitte Seebacher: Willy Brandt, München 2004.

18 »Ich weiß, dass mein Ehemann das Gleiche getan hätte wie Sie, weil ihm wie Ihnen das Wohl der Menschen am Herzen lag. Andere Leute kümmern sich einfach immer nur um harte Fakten und sind einfach nicht menschlich.«

Gerade in diesem Zusammenhang erscheint mir der Hinweis wichtig, dass Willy Brandt alles andere als ein »Allerweltsredner« war. Er nahm zeit seines Lebens die politische Rede besonders ernst. Und: Er war von Natur aus sehr wohl ein Redner von Gewicht, jemand, der sich trotzdem seine wichtigen Reden mit großer Sorgfalt selbst erarbeitet hat. Für Willy Brandt war das nächste Manuskript immer eine neue Herausforderung.

Das soll nicht heißen, dass jede seiner Äußerungen immer und zu allen Punkten von ihm allein erarbeitet worden ist. Dazu gab es beim Regierenden Bürgermeister von Berlin an jedem Tag allzu viele Anlässe und allzu unterschiedliche Fragenkomplexe, die zu bearbeiten waren. Aber jedes Mal war eine gut durchdachte Antwort erforderlich. Allein schon diese Aufgabe macht kenntnisreiche Mitarbeiter unersetzlich.

Wenn Willy Brandt – aus grundsätzlichen oder taktischen Erwägungen – eine Rede für besonders wichtig hielt, dann hat er sich zunächst Anregungen von anderen erbeten. Aber die Texte für seine Präsentation hat er sich immer selbst zurecht geschnitzt.

Es ist schon bemerkenswert, wie sich die Brandtsche Rhetorik gerade in ihren Ausdrucksformen über die Jahre verändert hat – ganz unabhängig übrigens von den Anlässen, zu denen er zu sprechen hatte. Willy Brandts Reden haben in seiner Berliner Zeit an innerer Kraft und an geballter Eindringlichkeit außerordentlich gewonnen.

Der Grund hierfür ist offensichtlich: Es waren die politische Aufgabe und ihre außergewöhnlichen Herausforderungen, denen Brandt tagtäglich und unter laufend veränderten Situationen gerecht werden musste.

Dies alles kann übrigens von den Anfängen her studiert werden, etwa von Brandts ersten Reden vor der Berliner SPD bis hin zu seinen kämpferischen Auftritten gegen das Sowjet-Ultimatum von 1958 oder zum Mauerbau am 13. August 1961 – bis hin zu den beiden Reden, die ich gemäß Stil und Inhalt für seine wichtigsten Reden halte: Das ist erstens die Rede, mit er am 25. November 1960 vor dem Parteitag der SPD in Hannover seine Kandidatur für das Amt des Bundeskanzlers begründet hat, und das ist zweitens sein bereits erwähnter Vortrag vor dem Politischen Club der Evangelischen Akademie in Tutzing am 15. Juli 1963.[19]

19 In Auszügen abgedruckt im Anhang dieses Heftes.

Ich will den Hinweis auf Willy Brandt als einen der großen politischen Redner seiner Zeit nicht abschließen, ohne Joachim Fest (1926-2006), einen der Großen in der deutschen Publizistik, zu erwähnen. Fest hat im Jahr 1992 anlässlich der Auszeichnung Willy Brandts mit dem Dolf-Sternberger-Preis für herausragende öffentliche Reden über den Preisträger gesagt:
»Ihre besondere Überzeugungskraft kommt zuletzt aus nichts anderem als Ihrer Glaubwürdigkeit. Immer wurde in allem, was er sagte, die ganze Person sichtbar, Erfahrungen von lange her, Zweifel, Irrtümer, errungene Einsichten, kurz, ein Leben mit allem, was er durchzustehen hatte. Wenn sich im Gegeneinander der Meinungen die sachlichen Argumente erschöpft hatten, war dies das Gewicht, das oft den Ausschlag gab.«

3.

Ich komme nun zu meinem dritten Hinweis: zur neuen Ost- und Deutschlandpolitik. Um sie herum haben sich über die Zeit hinweg einige Legenden gebildet. Da war etwa die Rede von einem »zentralen Plan«, in dem alles vorgedacht worden sei oder von dem »kleinen Kreis in Berlin«, der diese Politik zuerst formuliert und der sie dann systematisch und Punkt für Punkt durchgesetzt habe.

Wer so denkt, hat ein falsches Bild von den Vorgängen als Ganzes – und davon, wie vielfältig die Verwicklungen und ihre Vielschichtigkeiten seinerzeit waren. Denn die neue Ost- und Deutschlandpolitik war von ihren Berliner Anfängen an ein *Prozess*. Sie war eine Abfolge von Schritten, die sich von Mal zu Mal aus der jeweiligen Realität ergaben. Begonnen hat sie nicht an einem bestimmten Tag und nicht an einem besonderen Ort. Und begleitet war sie eigentlich stets von Widerspruch.

Die neue Ost- und Deutschlandpolitik war in Wahrheit eine *Gesamtaktion*. In ihren unterschiedlichen Phasen war sie eine Konzentration von vielen einzelnen Bemühungen mit dem Ziel, die Dinge insgesamt zu verändern, und zwar nicht nur in und um Berlin.

Das bedeutet zugleich: Dieser Prozess musste gesteuert werden. Er bedurfte einer Führung. Und der »Steuermann« dieses Prozesses war Willy Brandt – und das häufig in hoher und schwieriger See.

Dabei darf niemand vergessen: Die neue Politik hatte seinerzeit viele Gegner, im Osten, im eigenen Land und selbst in den eigenen Reihen. Da musste

Rücksicht genommen werden auf Urteile und Vorurteile, auf Erfahrungen und Tabus, auf richtige Erkenntnisse und auf Fehleinschätzungen.

Aber wer konnte schon genau sagen, was damals richtig und was falsch war, was simples Vorurteil und was wohl überlegte Meinung?

Gilt es eine so umfassende Politik zu verwirklichen, braucht es naturgemäß Mitstreiter und Mitarbeiter. Auch Willy Brandt brauchte sie. Es waren nur wenige, aber die meisten von ihnen, so meine ich, waren hochqualifiziert. Alle verdienen bis heute Hochachtung für ihren Einsatz und für ihre Leistung.

Allerdings darf zu keinem Zeitpunkt und bei keinem Ereignis eine Tatsache übersehen werden: Der Chef war und blieb Willy Brandt.

Er war kein *primus inter pares.* Er war kein bloßer Koordinator und erst recht kein Mediator. Er war also niemand, der wertfrei alle Meinungen Revue passieren ließ, sozusagen ohne Zweck und ohne Ziel.

Willy Brandt ging es von Anfang an um konkrete Ergebnisse. Das heißt zugleich: Er war bei der neuen Ost- und Deutschlandpolitik Bauherr, Architekt und Baumeister in einer Person.

Das wird besonders deutlich, wenn etwa die Aussagen der ersten Berliner Reden Willy Brandts aus den Jahren nach 1947 verglichen werden mit dem Gesamtresultat seiner Politik. Sicherlich, nach Form und Stil gibt es da viele Veränderungen. Nur: In der Sache, in den Grundfragen seiner politischen Haltung sind Brandts zentrale Äußerungen so kongruent, wie es nur denkbar ist. Die erste und entscheidende Frage war für ihn zu jeder Zeit: Was ist im jeweiligen Augenblick notwendig und was muss deshalb getan werden?

Selbst für einen wie mich, der dabei war, ist es im Rückblick schon aufregend festzustellen, wie Willy Brandt die Realitäten immer wieder neu in seine Politik eingeordnet hat – hier wie dort, in Ost und in West und auch im heimischen Berlin; mit welcher Stetigkeit er daran ging, die Lage im geteilten Berlin und im geteilten Deutschland Schritt für Schritt zu verändern.

Das Erstaunliche ist, dass sich entlang der politischen Reden, die Willy Brandt für Berlin gehalten hat, ein einheitlicher roter Faden ziehen lässt. Ich denke an eine seiner ersten Reden, die er am 12. März 1948 vor Funktionären der Berliner SPD[20] gehalten hat, bis hin zu jenen für die neue Ostpolitik so zentralen Aussagen in Tutzing am 15. Juli 1963.

20 Auszugsweise abgedruckt im Anhang dieses Heftes.

Bundeskanzler Willy Brandt und der Regierende Bürgermeister von Berlin Klaus Schütz am 9. April 1972 vor dem Rathaus Schöneberg

Im März 1948 ging es darum, die Position der SPD angesichts der damals gerade in Prag erfolgten Machtübernahme der Kommunisten zu bestimmen. Willy Brandt machte in bewegenden Worten deutlich, wie der kommunistische Putsch in der Tschechoslowakei die Hoffnung vieler Menschen auf Freiheit und Demokratie zerschlagen hatte.

Und mit dieser Rede verabschiedete er sich von seiner ursprünglichen Hoffnung, die darauf gerichtet gewesen war, ernsthaft zwischen Ost und West zu vermitteln. Seine Schlussfolgerung lautete: »Es muss einer späteren Entwicklung vorbehalten bleiben, lebendige Verbindungen zwischen der östlichen und der westlichen Welt neu herzustellen.«

Es ist schon beeindruckend, diese Aussage zu vergleichen mit der Rede in Tutzing, die fünfzehn Jahre später gehalten wurde. Dort hat Willy Brandt die Grundlage für seine Politik der nächsten Zukunft dargelegt.

Auch hieraus ein Zitat: »Es geht um eine Politik der Transformation. Wirkliche, politische und ideologische Mauern müssen ohne Konflikt nach und nach abgetragen werden. Es geht um eine Politik der friedlichen Veränderung des Konfliktes, um eine Politik der Durchdringung, eine Politik des friedlichen Risikos.«

Von diesem und vielem anderen aus Willy Brandts Berliner Jahren legt die Berliner Ausgabe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung ein beredtes Zeugnis ab. Hier kann jeder sehen, wie schwierig es tatsächlich gewesen ist, die Stadt Berlin, das heißt in diesem Fall West-Berlin, frei zu halten, und wie kompliziert es war, die dazu erforderlichen Schritte vorzubereiten und sie dann auch wirklich zu gehen.

Dies waren Schritte, die damals den Menschen in der geteilten Stadt geholfen haben. Und es waren Schritte, die gleichzeitig Türen öffnen sollten für neue Lösungen – solchen Lösungen, die der speziellen Lage im gespaltenen Deutschland ebenso Rechnung tragen würden wie der allgemeinen internationalen Konstellation im Zeichen des Kalten Krieges.

Zu keinem Zeitpunkt hat Willy Brandt vergessen, dass die Freiheit Berlins ein wichtiges Ziel war. Aber er war sich bei jedem praktisch-politischem Schritt auch der Tatsache bewusst, dass der Frieden in Europa das eigentliche Ziel bleiben würde.

4.

Wenn wir heute, achtzehn Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer, Bilanz ziehen, dann können wir feststellen: Die Geschichte jener Jahre, in denen Willy Brandt an der Spitze dieser Stadt stand, war letztendlich ein einziger und ein dauerhafter Erfolg.

Sicherlich: Es gab auch viele Rückschläge und so manche Fehlentscheidung. Nicht selten überwogen Zweifel, ob Berlin es schaffen würde, und die Prognosen waren auch nicht immer günstig.

Und schließlich darf nicht vergessen werden: Die sowjetische Expansionspolitik von damals war keine Fiktion, sondern sehr real. Aber: Das freie Berlin war und blieb der Leuchtturm der Freiheit und das Schaufenster der freien Welt mitten im kommunistischen Meer.

Das alles ist jedoch nicht vom Himmel gefallen. Dazu haben die drei westlichen Schutzmächte ihren wichtigen Beitrag geleistet, ebenso die Bundesrepublik Deutschland: Die Westmächte für die Sicherheit und die Unversehrtheit der westlichen Sektoren von Berlin, und die Bundesrepublik für den Erhalt der Lebensfähigkeit der Stadt.

Bei allem Respekt vor den drei Berliner Schutzmächten und vor der Bundesrepublik Deutschland sage ich: Auch die Leistung der Berlinerinnen und der Berliner, ihr Beitrag zum Freiheitskampf von Berlin, darf zu keiner Zeit vergessen werden.

Nun weiß ich auch: Ein Erfolg hat stets viele Väter. Aber in diesem Fall ist die Sache eindeutig: Ohne eine politische Führung, die klar und wirklichkeitsorientiert den Weg bestimmt hat, wäre diese Geschichte nicht so geschrieben worden. Und: Es war Willy Brandt, der nach Ernst Reuter in jenen Jahren den Kurs Berlins entscheidend bestimmte.

Als dem damaligen Bundeskanzler am 10. Dezember 1971 in Oslo der Friedensnobelpreis verliehen wurde, sprach Aase Lionäs, die Vorsitzende des norwegischen Nobelpreis-Komitees, von der »inneren Überzeugung, dass eine Niederlage für das freie Berlin den Keim einer Niederlage für den Frieden Europas« bedeutet hätte.

Und sie fügte hinzu: »Als Regierender Bürgermeister von Berlin, in kritischen Situationen, in einer Stadt, in deren Mitte 1961 die Mauer errichtet wurde, zeigte Willy Brandt Beherrschung und Mut – ich möchte annehmen, oft den Mut der Verzweiflung, die Berlin vor dem Risiko einer Katastrophe in großen Dimensionen bewahrt haben.«

Lassen Sie mich schließen mit einem Gedanken, der vielleicht dem einen oder dem anderen etwas altmodisch erscheinen mag:

Wie viele Berlinerinnen und Berliner bin ich stolz darauf, dabei gewesen zu sein.

An der Seite von Willy Brandt.

ANHANG

AUSZUG AUS DER REDE DES VERTRETERS DES SPD-PARTEIVORSTANDES IN BERLIN, WILLY BRANDT, VOR FUNKTIONÄREN DER BERLINER SPD AM 12. MÄRZ 1948

Quelle: Willy-Brandt-Archiv im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (AdsD, WBA, A 3, 41)[21]

Parteigenossinnen und Parteigenossen! Wehe den Siegern des 24. Februar 1948! Sie ließen ihre politischen Widersacher zu Hunderten, ja zu Tausenden einsperren. Sie beraubten einen Teil der Abgeordneten der gewählten Vertreter des Volkes ihrer Mandate. Sie verprügelten Redakteure und bemächtigten sich ihrer Zeitungen. *(Pfui-Rufe.)* Und sie entließen Richter und Universitätsprofessoren, die ihnen nicht willfährig waren. Sie forderten die Gymnasiasten auf, Mitschüler und Lehrer anzuzeigen, *(Erneute Pfui-Rufe.)* die sich ketzerischer Auffassungen schuldig machten, und sie ließen das Bild eines Mannes in allen Klassenzimmern aufhängen.

Ich habe wirklich nicht vor, Sie mit einer Aufzählung über das zu langweilen, was sich 1933 und in den darauf folgenden Jahren abgespielt hatte. Wir haben uns heute mit dem zu befassen, was sich in den letzten Tagen und Wochen in der tschechoslowakischen Republik ereignete. *([Zwischenrufe:] Sehr gut!)*

Wir wollen versuchen, uns die Lehre von Prag zu eigen zu machen.

Worum ging es in Prag und in der Tschechoslowakei? Man will uns einreden, es sei um den Sozialismus gegangen *(Lachen.)* oder wenigstens um die Nationalisierung der Produktionsmittel. Welch himmelschreiender Unsinn! In der ČSR waren bereits 60 % der Produktionsmittel nationalisiert. Die gesamte Großindustrie sowie das Bankwesen befanden sich in den Händen des Staates. Das gesamte Wirtschaftsleben wurde durch die Planbehörden kontrolliert und gelenkt. Jetzt kommen die Unheiligen der jüngsten Tage und servieren uns folgende Version der marxistischen Lehre von der Übernahme der Macht:

21 Die Rede ist – mit Kommentierungen – abgedruckt als Dokument Nr. 2 in Siegfried Heimann (Bearb.): Berlin bleibt frei. Politik in und für Berlin 1947-1966, Willy Brandt – Berliner Ausgabe, Bd. 3, Bonn 2004.

man bilde eine Einheitsfront, wenn möglich eine Volksfront, und führe mit ihrer Hilfe drei Viertel der Sozialisierung durch. Für die Sozialisierung der Klempnerläden und Friseurgeschäfte etabliert man die proletarische Diktatur und den roten Terror. *(Lebhafter Beifall.)*

Der alte Marx würde im Grabe rotieren, wenn er wüsste, *(Heiterkeit. – Beifall.)*, für welchen hanebüchenen Blödsinn man sich seines Namens bedient. *(Lebhafte Zustimmung.)*

Wir aber sagen als deutsche, europäische und internationale Sozialdemokraten, und wir sagen es so laut, dass man es in Prag und vielleicht noch ein Stück weiter hören soll: *(Lebhafter Beifall.)* Wenn das, was sich jetzt in Prag abspielt, den Sozialismus verkörpern sollte, dann haben wir mit diesem Sozialismus nichts mehr zu tun. *(Erneuter lebhafter Beifall.)*

[...] Wir deutschen Sozialdemokraten haben mittlerweile so viel Erfahrungen gesammelt, dass wir zumindest zwischen Sozialismus und Terrorismus unterscheiden können. [...]

Bevor ich, Parteigenossinnen und Parteigenossen, auf Einzelheiten der Prager Geschehnisse eingehe, möchte ich gern betonen, dass wir allen Grund haben, uns der tschechoslowakischen Tragödie in Ehrfurcht zu nähern. Vergessen wir in dieser Stunde nicht, welches große Leid den Tschechen durch den deutschen Faschismus zugefügt worden ist. *(Zustimmung.)*

Vergessen wir auch nicht, dass leider allzu große Teile des deutschen Volkes in der damaligen Verblendung sich dazu verleiten ließen, auf die Tschechen herabzusehen, sie zu hunzen und sie zu verfolgen. Erinnern wir uns daran, was unmittelbar im Anschluss an die Errichtung des sogenannten Protektorats 1939 geschah. Es wurde auf die Prager Studenten geschossen, und bald danach wanderte die tschechische Intelligenz in die Konzentrationslager, und ein allzu großer Teil von ihr kehrte nie wieder in die Heimat zurück. [...].

Unrecht bleibt Unrecht, auch wenn man es antinazistisch, demokratisch oder volksdemokratisch aufzieht. *(Lebhafter Beifall.)*

Ich hatte, Parteigenossinnen und Parteigenossen, noch im vergangenen Sommer die Möglichkeit, Prag wiederzusehen, und ich will Ihnen nicht verhehlen, dass mich die dortigen Erlebnisse tief beeindruckten. Man spürte, wie das Volk mit Tatkraft, Frische und Lebendigkeit am Wiederaufbau arbeitete. Es war offenbar, dass die arbeitende Bevölkerung glaubte, ein Stück Sozialismus errungen zu haben, und es war keineswegs so – der Wahrheit die Ehre! –, dass damals offener Terror geherrscht hätte. In der Presse, im Parlament, in Ver-

sammlungen und in nächtlichen Diskussionen auf dem Wenzelsplatz wurde lebhaft um die Fragen der Zeit gerungen. Wohl hatten die Kommunisten verstanden, sich zahlreiche Vorteile, nicht zuletzt auf dem Gebiet der Propaganda, zu verschaffen, die ihrer wirklichen Stärke und ihrem faktischen Rückgang in keiner Weise entsprachen, aber man konnte damals noch offen gegen die Kommunisten Stellung nehmen und sich kritisch zur Politik der Regierung äußern. Viele Tschechen lebten in der Vorstellungswelt einer neuen nationalen Revolution, die zugleich Grundlagen einer sozialistischen Republik legen sollte. Sie waren sich alle darin einig, dass für sie eine gegen die Sowjetunion gerichtete Außenpolitik überhaupt nicht in Frage kommen könne. Und das wurde nicht nur mit der geographischen Lage, der slawischen Verbundenheit und den nach dem letzten Kriege entstandenen Machtverhältnissen in Europa begründet, sondern vor allem auch mit den Erfahrungen und Erlebnissen des Jahres 1938. Das Erlebnis von München hatte sich zutiefst in das Bewusstsein des tschechischen Volkes eingeprägt. Es fühlte sich von den Westmächten schmählich im Stich gelassen und sah den einzig möglichen Weg in enger Kooperation mit Russland. Immer wieder wurde aber auch zum Ausdruck gebracht, dass man sich weder von der abendländischen Kulturgemeinschaft noch vom Handel mit dem Westen ausschließen wolle. Man hoffte, zwischen dem Osten und dem Westen vermitteln zu können. Diese Hoffnung ist zerplatzt. Von Brückentheorien ist nichts übrig geblieben. Wir stellen das ohne Schadenfreude fest. Denn wie viel leichter wäre unsere eigene Lage, wenn es möglich gewesen wäre, solche Brücken zu schlagen! *([Zurufe:] Sehr richtig!)*

Seien wir aber realistisch und schauen der Wahrheit ins Auge, ob wir wollen oder nicht. Heute werden leider nicht Brücken gebaut, sondern gesprengt. *([Zurufe:] Sehr wahr!)*

Es muss einer späteren Entwicklung vorbehalten bleiben, lebendige Verbindungen zwischen der östlichen und westlichen Welt neu herzustellen. *([Zurufe:] Sehr richtig!)*

Die erste Voraussetzung dafür ist heute, dass wir in unserem Teil Europas und der Welt Ordnung schaffen, dass wir unsere eigenen Reihen ordnen und keinen Schritt zurückweichen. *(Zustimmung. – Beifall.)* [...]

Eine angesehene englische Zeitung meinte vor einigen Tagen den Sozialdemokraten die Frage vorlegen zu müssen, ob sie nun erst Demokraten und dann Sozialisten oder erst Sozialisten und dann Demokraten seien. Und eine Berliner Tageszeitung haute dieser Tage in die gleiche Kerbe und leistete ihren bemerkenswerten Beitrag zur Herstellung einer demokratischen Front dadurch, dass sie angebliche Gegensätze in der Sozialdemokratischen Partei herausstellte. Wir lehnen diese Fragestellung ab, die Fragestellung: erst Demokraten oder erst Sozialisten? Wir lassen uns überhaupt nicht unsere Diskussionsgrundlagen vorschreiben, *([Zurufe:] Sehr gut!)* weder von in- noch von ausländischen Kräften. *(Beifall.)*

Ich glaube aber, dass ich alle, die wirkliches Interesse und keine Nebenabsichten haben, beruhigen kann, wenn ich feststelle: die primäre Bedeutung des Kampfes um die demokratischen Grundrechte, um Freiheit, Recht und Menschenwürde ist in der deutschen Sozialdemokratie unumstritten! *(Beifall.)* In der Verteidigung dieser Werte werden wir uns von niemandem den Rang ablaufen lassen! *(Erneuter Beifall.)*

Wir werden mit allen, die darin mit uns einig sind, zusammenstehen, so wie die Berliner Sozialdemokraten am 18. März mit den anderen demokratischen Parteien zusammenstehen werden. Aber wir tun das nicht, obgleich wir Sozialdemokraten, sondern weil wir Sozialdemokraten sind! *(Beifall.)*

Wir denken doch gar nicht daran, unser sozialistisches Programm zur Sonntagsnachmittags-Angelegenheit machen zu lassen. *([Zurufe:] Sehr gut!)* Denn wir sind zutiefst davon überzeugt, dass in Deutschland und in Europa die Demokratie auf die Dauer nur behauptet werden kann, wenn man sie sozialistisch untermauert. *(Beifall.)* [...]

Ich habe, Genossinnen und Genossen, zu denen gehört, die in der Periode des Kampfes gegen den Faschismus enges Zusammengehen aller antifaschistischen Kräfte und auch das Zusammengehen mit den Kommunisten warm befürwortet haben, und ich finde, ich habe darum um so mehr Recht, heute zu sagen, wir können nicht mit denen zusammengehen, die das damalige gemeinsame Programm verraten haben. *(Beifall.)*

Wir waren gegen den Terror. Die anderen waren darauf aus, selbst terrorisieren zu dürfen. *(Beifall.)*

Wir haben viel Erfahrungen gesammelt, und es ist an der Zeit, die Lehre zu ziehen. Ich sage Ihnen, Genossinnen und Genossen, wer sich auf die kommunistische Einheitsfront einlässt, geht daran zugrunde! *(Lebhafter Beifall.)* [...]

Das Stadtparlament hat gestern zum Ausdruck gebracht, dass Berlin kein neues Prag werden darf und Deutschland keine neue Tschechoslowakei. Berlin stehen sicher noch schwierigere Zeiten bevor. Der Kampf um die Freiheit kann aber kaum verloren gehen, solange die erdrückende Mehrheit der Berliner für

ihre Überzeugung einsteht. Natürlich werden außenpolitische Kräfteverhältnisse eine entscheidende Rolle spielen. Aber Voraussetzung der moralischen, wirtschaftlichen und sonstigen Hilfe von außen ist der eigene Behauptungswille. *(Beifall.)* [...]

AUSZUG AUS DER REDE DES REGIERENDEN BÜRGERMEISTERS VON BERLIN, WILLY BRANDT, IM POLITISCHEN CLUB DER EVANGELISCHEN AKADEMIE TUTZING AM 15. JULI 1963

Quelle: Tatsachen – Argumente, Nr. 66 vom Juli 1963[22]

In den zurückliegenden Wochen wurde in der internationalen Presse viel darüber geschrieben, die Bundesrepublik sei aufgewertet worden. Die Bundesrepublik sei im Begriff, der Schlüssel zur Einheit des Westens zu werden. Die Bundesrepublik könne sich zum europäischen Pol der Atlantischen Gemeinschaft entwickeln. [...]

Versäumnis der deutschen Innenpolitik

Die Bundesrepublik hat häufig keine glückliche Hand gehabt, wenn es darum ging, dem Ausland klar zu machen, dass die Schatten der Vergangenheit eben nur Schatten sind, ohne Kraft, ohne wirkliches Leben und ohne Zukunft. Umgekehrt: Wir haben in dieser Beziehung dem kommunistischen Regime in der Zone zu viel Raum für ihr falsches Spiel gelassen. Die Beachtung, die die sogenannte DDR im Ausland gefunden hat, wurde weitgehend auf einer antinazistischen Welle erreicht. Und diese Propagandawelle stieß im Ausland auf objektiv unbegründete aber subjektiv vorhandene Befürchtungen.

Ich hätte mir eine Haltung gewünscht, in der es den Machthabern in Ost-Berlin schwerer gewesen wäre, solche Kampagnen mit – leider – teilweisem Erfolg zu führen. Wenn man von Versäumnissen spricht, dann ist dies wohl eines der Hauptversäumnisse in der deutschen Innenpolitik der Nachkriegszeit.

Wahrscheinlich wird es einmal als ein Hauptverdienst des Bundeskanzlers Adenauer gewertet werden, dass er wesentlich dazu beigetragen hat, das Auseinander brechen unseres Volkes an den Fragestellungen über die dunkle Zeit vor 1945 zu verhindern. Dass viel Zeit gewonnen wurde, die böse Vergangenheit verblasste und von Jahr zu Jahr die Zahl derer wuchs, auf die die alten Fragestellungen schon generationsmäßig nicht mehr passten. [...]

---

22 Diese Rede ist ebenfalls kommentiert abgedruckt in Band 3 der Berliner Ausgabe (Dokument Nr. 92).

Tutzing, 15.7.63

In den zurückliegenden ~~beiden~~ Wochen ~~ist viel~~ wurde in der internationalen Presse viel darüber geschrieben ~~worden~~, die Bundesrepublik sei aufgewertet worden. Die Bundesrepublik sei im Begriff, der Schlüssel zur Einheit des Westens zu werden. Die Bundesrepublik könne sich zum europäischen Pol der Atlantischen Gemeinschaft entwickeln. ~~Alle~~ Die meisten dieser Betrachtungen sind von einem Gefühl des Missbehagens begleitet. Manchmal braucht man nicht einmal zwischen den Zeilen zu lesen, um ein ~~das ausländische~~ Unbehagen ~~darüber~~ festzustellen, dass die Bundesrepublik Deutschland/die mehr als Bedeutung bekommen hat, die sie nach dem Willen ihrer Verbündeten ~~unserer ausländischen Freunde schliesslich auch~~ bekommen sollte.

Mancher Kommentator findet

In früheren Jahren hat es eine ähnliche Diskussion gegeben, als es um die Wiederbewaffnung ging. Damals wurde das Problem ~~sie~~ auf die kürzeste Formel gebracht: Die Bundesrepublik sollte militärisch stark genug werden, um die Sowjetunion in Schach zu halten, aber militärisch nicht gefährlicher als Luxemburg. Diese ganze Diskussion zeigt uns ~~nur~~, dass ~~auch das befreundete Ausland offiziell und intellektuell die~~ Bundesrepublik akzeptiert, dass aber immer noch die Decke des Vertrauens dünn ist und das Misstrauen virulent wird bei den vielen Anlässen, die wir selbst ~~dazu bieten.~~

Original-Redemanuskript Willy Brandts mit letzten handschriftlichen Einarbeitungen.
Quelle: AdsD, WBA

Die Basis des Vertrauens zu Deutschland muss vertieft werden

Unseren Freunden draußen in der Welt müssen wir sagen, sie möchten bitte nicht vergessen, dass ein Drittel unseres Volkes die Hitler-Jahre nicht mehr mit Bewusstsein erlebt hat. Eine Generation ist herangewachsen, die der Umwelt viel unbefangener gegenübertritt. Selbst wenn man nicht zu den glühenden Anhängern Hitlers gehört hat, kann man sich von der Last des Erlebten nicht lösen. Sie schwingt mit und belastet auch unausgesprochen jede Begegnung draußen. Davon ist die junge Generation frei. Das muss man im Ausland sehen, und man muss verstehen, wenn sie selbstverständlicher und sogar wenn sie fordernder als Gleicher unter Gleichen auftreten wird. [...]

Ich bin der Letzte, der etwa die Erfolge, die wir in der Bundesrepublik erreicht haben, schmälern wollte. Wir haben schwer gearbeitet. Wir haben einen Lebensstandard erreicht, der sich sehen lassen kann. Wir haben die Vertriebenen integriert. Wir haben keine erwähnenswerte rechts- oder linksextreme Gefährdung. Wir sind eingegliedert in das Bündnissystem des Westens. Unsere Währung ist gewiss nicht schwächer als die anderer Länder. Wir haben weniger Arbeitskampf als viele der mit uns befreundeten Staaten, und die Wirtschaft floriert. [...]

Je enger Europa zusammenwächst, je mehr die europäische Gemeinschaft verwirklicht wird, je stärker die atlantische Partnerschaft greifbar wird, um so unausweichlicher wird es für die Bundesrepublik werden, moderne Methoden zur Korrektur von Fehlentwicklungen zu finden. Selbst auf die Gefahr hin, böswillig missverstanden zu werden, stehe ich zu der Meinung: die eindeutige Ablehnung jeglicher Zwangswirtschaft darf nicht bedeuten, dass ein sinnvolles und vernünftiges Vorausdenken unterbleibt; denn wenn es weiter unterbliebe, würde die Bundesrepublik Schaden nehmen. Dogmatische Sturheit und überhebliche Enge dürfen nicht dazu führen, dass die Bundesrepublik den Anschluss an das Denken und Handeln in anderen Ländern verliert.

Überwinden einer selbstgefällig erstarrenden Politik

Wir müssen überhaupt eine Haltung überwinden, die geprägt wurde durch die fatale Aufforderung: keine Experimente. Wer in der Wissenschaft darauf verzichten wollte, würde ausgelacht werden. Das langjährig [seitens der CDU] benutzte Schlagwort »keine Experimente« ist die Kurzformel einer selbstgefällig erstarrenden Politik. [...]

Wir brauchen zielbewusste Aktivität

Wir haben aus dem freien Teil Deutschlands noch nicht das gemacht, was notwendig und möglich ist. Korrekturen sind deshalb erforderlich. Ich meine, wir müssen zu neuen Anstrengungen aufrufen. Die geistigen und ethischen Werte müssen dabei vor denen des bloßen Gewinnstrebens rangieren. [....]

Gemeinsame Bestandsaufnahme ist erforderlich

Am Anfang des neuen Prozesses hat das mühsame und undankbare Geschäft zu stehen, das alle Träger politischer Verantwortung in der Bundesrepublik gemeinsam anpacken sollten: eine ehrliche Bestandsaufnahme zu machen und den Mut zu haben, unser Volk auch mit unangenehmen Wahrheiten vertraut zu machen. Ein latentes Unbehagen gerade in den geistig aufgeschlosseneren Kreisen der Bundesrepublik scheint mir zu zeigen, dass unsere Menschen aufnahmebereit sind für ein offenes Wort. Es ist besser, wenn wir diesen Prozess selbst beginnen, als dass er uns von draußen aufgezwungen wird. Die Zeit einer auch schmerzhaften Selbstüberprüfung wird kommen, weil wir uns allesamt der Wirklichkeit zu stellen haben. Dabei wird die außenpolitische Wirklichkeit schneller sichtbar als die innenpolitische.

Für die deutsche Außenpolitik galt als oberstes Prinzip die Sicherung des Restes. Dieses Prinzip ist das beherrschende Dogma gewesen, auch wenn man es in keiner Regierungserklärung nachlesen kann. Alles andere wurde ihm untergeordnet. Nun, die Sicherung des freien Restes war erforderlich. Ich sage das als nüchterne Feststellung. Die Aussöhnung mit den ehemaligen Gegnern im Westen, die Einbeziehung in die westliche Gemeinschaft waren die unerlässlichen Mittel einer solchen Politik. Der Kanzler [Konrad Adenauer] stellte sich dabei auf den Standpunkt, dass es auf ein paar Schönheitsfehler nicht ankomme, dass deutsche Vorleistungen sich zuletzt als deutsche Pluspunkte erweisen würden und dass die deutsche Einheit sich mit einer gewissen Folgerichtigkeit dann auch einstellen würde. Aber ohne jeden Zweifel wurde das Ringen um Selbstbestimmung für das ganze Volk der Sicherung des freien Teils nachgeordnet.

Keine klare Definition der deutschen Politik

Ich gehe davon aus, dass die meisten wirklich an das geglaubt haben, was sie damals sagten. Sie haben geglaubt, dass Integration und Wiederbewaffnung uns auch die Einheit unseres gespaltenen Volkes und Landes bringen würden.

Heute weiß jeder, dass es einen solchen Automatismus nicht gab und nicht gibt.

Und wenn man heute nach der Definition dessen fragt, was oberstes Ziel der deutschen Politik sein sollte, so heißt es in der vorletzten Regierungserklärung vom 29. November 1961 dazu lediglich, dass »die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Frieden und Freiheit das unverrückbare Ziel der deutschen Politik bleibt, auch wenn wir heute noch keinen Zeitpunkt für seine Verwirklichung angeben können«. Das ist ein nützliches Bekenntnis, aber gewiss kein Programm. In der Regierungserklärung vom 9. Oktober vergangenen Jahres wurde dieses Bekenntnis nicht noch einmal ausdrücklich wiederholt.

Dort hieß es: »Solange die Sowjetunion auf der Teilung Deutschlands besteht, West-Berlin unterjochen und die Bundesregierung neutralisieren will, so lange haben die meisten Initiativen, zu denen man getrieben werden soll, keinen Sinn«. Dem wird man kaum widersprechen können. Aber wenn dieser Satz einen Sinn hat, dann doch nur den, dass einige wenige Initiativen Sinn haben könnten. über solche Initiativen hätte man gern mehr gehört. Denn wir dürfen bestimmt nicht darauf hoffen, eines Morgens aufzuwachen, um über das Ergebnis bisher unbekannter Initiativen in der Zeitung zu lesen.

Es hat keinen Sinn, die Schlachten der vergangenen Jahre noch einmal schlagen zu wollen. Niemand, der Einfluss und Gewicht hat, kann und will die außenpolitischen Entscheidungen der zurückliegenden Jahre rückgängig machen. Es geht auch nicht darum, sie neu zu fällen. Wir haben von dem auszugehen, was heute ist und unsere Vorstellungen darüber zu entwickeln, welchen Weg Deutschland weitergehen soll.

Das Dogma von der Sicherung des Restes ist keine alles beherrschende Leitlinie, sondern die selbstverständliche Basis, von der aus wir politisch wirken. Wir dürfen die Bundesrepublik nicht verspielen. Aber sie ist noch nicht des Deutschen Vaterland. Sie ist unsere freie Heimat, aber sie muss auch unser Mittel sein zum Ziel der deutschen Selbstbestimmung.

Wir dürfen uns dabei nicht irre machen lassen von den Einwänden jener Realisten, die uns klarmachen, dass dies keine aktuelle Frage sei. Das wissen wir ohnehin. Aber in den großen Zielen darf man nicht zu klug sein wollen, weil man sonst vergisst, sie sich zu setzen. Wenn wir diese Ziele nicht ins Auge fassen und wenn wir uns nicht so verhalten, als stünden wir täglich einer aktuellen Frage gegenüber, dann werden wir nie erreichen, was wir erreichen wollen; niemand wird es an unserer Stelle tun.

Den status quo militärisch fixieren um ihn politisch zu überwinden

Am 25. November 1960, also vor fast drei Jahren und vielleicht ein wenig zu früh, habe ich auf dem Parteitag der SPD in Hannover folgendes gesagt:

»Wir werden uns daran gewöhnen müssen, im Gleichgewicht des Schreckens zu leben, in einem Zustand, der weder Krieg noch Frieden ist, im klassischen Sinn. Die Welt ist dabei, für diesen unheimlichen und ihr neuen Zustand auch neue politische Spielregeln zu finden. Es gibt keine Alternative, da es den Krieg nicht geben soll.

Das Problem ist, den status quo militärisch zu fixieren, um die notwendige Bewegungsfreiheit zu bekommen für die politische Überwindung des status quo. Wir brauchen, ohne dass es unsere Sicherheit gefährdet, Raum, um die politischen Kräfte zur Wirkung zu bringen, um den Immobilismus und den ideologischen Grabenkrieg zu überwinden.

Wir haben uns militärisch zu sichern. Wir haben uns gegen einseitige Machtveränderungen durch den Ostblock zu wehren, aber wir haben zugleich die Voraussetzungen zu schaffen für jede Auseinandersetzung außer der des Krieges. Die Bundesrepublik darf nicht stehenbleiben. Unsere Verbündeten erwarten für die neue weltpolitische Phase einen deutschen Beitrag.«

Das entspricht nun auch einer amtlichen deutschen Politik. Die Bundesregierung hat am 24. Juni verlautbaren lassen, sie stimme mit der von Präsident Kennedy entwickelten Strategie des Friedens überein. Der Bundesverteidigungsminister ist dann allerdings beträchtlich übers Ziel hinausgeschossen. Er erklärte auf einer Parteiversammlung, der Besuch des amerikanischen Präsidenten habe die Richtigkeit der CDU-Politik bestätigt. Das war kein sehr intelligenter Kommentar.

In Wirklichkeit geht es um die simple Erkenntnis, dass es keine andere Aussicht auf die friedliche Wiedervereinigung unseres Volkes gibt als den nicht erlahmenden Versuch, die Erstarrung der Fronten zwischen Ost und West aufzubrechen. Gerade weil das Deutschlandproblem so sehr in das Verhältnis zwischen Ost und West eingebettet ist, gibt es für uns keine Hoffnung, wenn es keinen Wandel gibt. Das bloße Beharren bietet keine Perspektive.

Das Gleichgewicht des Schreckens soll zurücktreten hinter einen illusionslosen Versuch zur friedlichen Lösung von Problemen. Das ist die Strategie des Friedens. Und darin hat das Deutschlandproblem seinen unentbehrlichen Platz. Auf diese Weise wird es von einem wenig verpflichtenden Bekenntnis zu einem wesentlichen Teil einer aktiven westlichen Politik.

Ich bitte um Verständnis, wenn ich mich hier noch einmal selbst zitiere. Ich habe mich zu diesen Fragen Anfang Oktober vergangenen Jahres [1962] in der Harvard-Universität geäußert, und wer sich dafür interessiert, kann es in der Broschüre »Koexistenz – Zwang zum Wagnis« nachlesen. Dort heißt es: »Die Geschichte entwickelt sich nicht so, wie sie das nach der kommunistischen Theorie tun müsste. Vor allem: Sie entwickelt sich nicht einheitlich. Trotz der Machtkonzentration in Washington und Moskau, die heute die Welt in Atem hält, gibt es auch eine Tendenz zur Dekonzentration der Macht. Diese Entwicklung wird weitergehen. Neue Magnetfelder der Macht entstehen. Das kommunistische Konzept einer monolithischen Welt wird ad absurdum geführt.

Diese Entwicklung birgt Gefahren. Sie scheint jedoch unaufhaltsam. Wir haben uns ihr zu stellen, denn es gibt nur die Alternative, sie zu formen oder von ihr überrannt zu werden. Das ist das Ende jeden Isolationismus. Ein Auseinanderrücken im eigentlichen Sinne des Wortes wird nicht einmal mehr geistig und psychologisch möglich sein.«

Und weiter heißt es: »Wir haben die Formen zu suchen, die die Blöcke von heute überlagern und durchdringen. Wir brauchen soviel reale Berührungspunkte und soviel sinnvolle Kommunikationen wie möglich. Wir brauchen uns vor dem Austausch von Wissenschaftlern und Studenten, von Informationen, Ideen und Leistungen nicht zu fürchten. Entscheidend sollte für uns sein, dass es sich um vernünftige Vorhaben in verantwortlichen Formen handelt. Gemeinsame Projekte dieser Art zwischen Ost und West sollten uns willkommen sein. Insoweit bin ich für so viele sinnvolle Verbindungen auch zum kommunistischen Osten, wie jeweils erreichbar sind.

Eine solche Konzeption kann zu einer Transformation der anderen Seite beitragen. Das verstehe ich unter einer aktiven, friedlichen und demokratischen Politik der Koexistenz. Wir sollten uns darauf konzentrieren, eine Entwicklung zu unterstützen, die uns mehr verspricht als bloße Selbstbehauptung, die dazu beitragen kann, eine friedliche und dynamische Transformation zu fördern. Auf dieser Ebene der Auseinandersetzung sind wir jedenfalls viel erfahrener und weniger verwundbar als die andere Seite.« [...]

Vertrauen in die realen Gegebenheiten der westlichen Stärke

Wir können, wie ich glaube, insofern mit Zuversicht nach vorn blicken, als wir gerade nach dem Kennedy-Besuch und nach den gewichtigen Kennedy-Reden eine zunehmende Identität der amerikanischen und deutschen Interessen

feststellen. Die gemeinsame Politik muss darauf ausgehen, die Sowjetunion zu der Einsicht zu bringen, dass ein Wandel in ihrem eigenen Interesse liegt. Eine derartige Anschauung, wie sie der amerikanische Präsident in seiner Rede vor den Berliner Studenten ausgeführt hat, erfordert naturgemäß von uns, dass wir unfruchtbare frühere Vorstellungen überprüfen und überwinden. Sehr viel von dem Streit darüber, ob der Osten wirklich ein Sicherheitsbedürfnis hat oder nicht, fiele beispielsweise weg, wenn man beginnt und wenn es gar gelingt, die gemeinsamen Sicherheitsinteressen zum Gegenstand von West-Ost-Besprechungen zu machen. [...]

Neue Wege zur Lösung der deutschen Frage suchen

Das deutsche Problem hat eine weltpolitische Seite, eine europäische, eine der Sicherheit, eine menschliche und eine nationale. In Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler [Konrad Adenauer] setze ich die Frage der Menschlichkeit noch vor die nationale. Für menschliche Erleichterungen im Interesse unserer Landsleute müssen wir – so hat es auch die Bundesregierung gesagt – bereit sein, über vieles mit uns reden zu lassen. Wir können nicht auf dem offenen Markt ausbreiten, was dieses Viele sein könnte. Aber man sollte sich jedenfalls intern darüber verständigen. [...]

Es wird darauf ankommen, jeweils möglichst mehrere der verschiedenen Seiten der deutschen Frage miteinander zu verzahnen. Aber zunächst kommt es natürlich immer wieder darauf an, was die deutsche Politik selbst zu den deutschen Fragen zu sagen weiß. Die Anregung einer Friedenskonferenz kann wieder sinnvoll werden, aktuell ist sie nicht. Aber es ist längst an der Zeit, dass wir auf deutscher Seite unsere Vorstellungen von einem Friedensvertrag entwickeln und zu Papier bringen. Dass wir auf der deutschen Seite unsere Vorstellungen darüber entwickeln, welche Möglichkeiten sich auf der deutschen Ebene aus der und für die Strategie des Friedens ergeben.

Ich halte es für entscheidend, dass wir bei unseren Freunden wie bei unseren Widersachern glaubwürdig bleiben, indem wir nachweisen, wie ernst es uns ist mit unserer eigenen Sache. Nur dann bekommt es politisch einen Sinn und erscheint nicht als bloße Resignation, wenn wir sagen: Bei aller gesamtdeutschen Ungeduld, deren Berechtigung nach 18 Jahren uns niemand absprechen kann, wird es Zeit brauchen, bis alle Beteiligten ihr Interesse begreifen, dass es wichtiger ist, mit 70 Millionen Deutschen verträglich auszukommen als Sonderinteressen gegenüber einem Teil unseres Volkes zu vertreten.

Es gibt eine Lösung der deutschen Frage nur mit der Sowjetunion, nicht gegen sie. Wir können nicht unser Recht aufgeben, aber wir müssen uns damit vertraut machen, dass zu seiner Verwirklichung ein neues Verhältnis zwischen Ost und West erforderlich ist und damit auch ein neues Verhältnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion. Dazu braucht man Zeit, aber wir können sagen, dass uns diese Zeit weniger lang und bedrückend erscheinen würde, wenn wir wüssten, dass das Leben unserer Menschen drüben und die Verbindungen zu ihnen erleichtert würden.

Untereinander verständigen und gemeinsam handeln

Die deutsche Politik hat ihre Energien in den zurückliegenden Jahren fast ausschließlich nach Westen gerichtet. Auf dieser Basis und in voller Kontinuität wird sie sich künftig stärker um unsere Interessen gegenüber dem Osten kümmern müssen. Es sollte unnötig sein, aber ich füge es des beliebten und bereits abgehandelten Stils der Missverständnisse wegen hinzu: das geht nur als verantwortlicher Partner der westlichen Gemeinschaft, im Interesse der gemeinsamen westlichen Politik und in Abstimmung mit unseren Freunden, entsprechend unserer gewachsenen Verantwortung als Gleicher unter Gleichen. Es wäre ein Segen, wenn die politischen Kräfte in der Bundesrepublik sich auf eine gemeinsame Anschauung der deutschen Rolle verständigten. [...]

Die eigentliche Bewährungsprobe liegt noch vor uns

Ich komme damit zurück auf die am Anfang erwähnte Diskussion über die Bedeutung und die Rolle, die der Bundesrepublik zukommen mag. Wir sind weder Zünglein an der Waage noch amerikanischer Gegenpol noch Speerspitze des kalten Krieges, sondern die Bundesrepublik hat ihren eigenen Part im Konzert des Westens zu spielen und ihren eigenen Beitrag zu leisten entsprechend der ihr nicht abzunehmenden Verantwortung. Die eigentliche Bewährungsprobe der deutschen Außenpolitik liegt noch vor uns. [...]

SCHRIFTENREIHE DER BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Heft 1 **Willy Brandt – 25 Jahre Friedensnobelpreis**
Berlin 1998, ISBN 3-933090-00-8

Heft 2 **Politik für Berlin – Willy Brandt 1957-1966**
Festveranstaltung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung
am 6. Februar 1998 im Rathaus Schöneberg zu Berlin
2. Aufl. – Berlin 1999, ISBN 3-933090-01-6

Heft 3 **Egon Bahr: Willy Brandts europäische Außenpolitik**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-02-4

Heft 4 **Helga Grebing: Willy Brandt – Ein Leben für Freiheit und Sozialismus**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-03-2

Heft 5 **Auftakt zur Ära Brandt – Gedanken zur Regierungserklärung Willy Brandts vom 28. Oktober 1969**
Berlin 1999, ISBN 3-933090-04-0

Heft 6 **Das Willy-Brandt-Bild in Deutschland und Polen**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-05-9

Heft 7 **Perspektiven aus den Exiljahren**
Berlin 2000, ISBN 3-933090-06-7

Heft 8 **Timothy Garton Ash: Wächst zusammen, was zusammengehört?**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-07-5

Heft 9 **Horst Ehmke: Reformpolitik und »Zivilgesellschaft«**
Berlin 2001, ISBN 3-933090-08-3

Heft 10 **Remembering Willy Brandt – Egon Bahr, Henry Kissinger und die deutsch-amerikanischen Beziehungen**
Berlin 2003, ISBN 3-933090-09-1

Heft 11 **Peter Glotz: Willy Brandts Charisma**
Berlin 2004, ISBN 3-933090-10-5

Heft 12 **Basil P. Mathiopoulos: Willy Brandt – Anmerkungen zu einem Freund**
Berlin 2005, ISBN 3-933090-11-3

Heft 13 **Hans Arnold: Willy Brandt und Europa**
Berlin 2006, ISBN 3-933090-12-1

Heft 14 **Willy-Brandt-Gespräch 2006: »Mehr Demokratie wagen« (1969) – »Mehr Freiheit wagen« (2005). Orientierungen für eine Gesellschaft im Umbruch?**
Berlin 2007, ISBN 3-933090-13-X

Heft 15 **Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-14-8

Heft 16 **Egon Bahr: Willy Brandt und die Nation**
Berlin 2008, ISBN 3-933090-15-6

WILLY BRANDT – BERLINER AUSGABE

Herausgegeben im Auftrag der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung von Helga Grebing, Gregor Schöllgen und Heinrich August Winkler

Mit der »Berliner Ausgabe« ausgewählter Reden, Artikel und Briefe von Willy Brandt wird erstmals das politische Wirken des bedeutendsten deutschen Sozialdemokraten des 20. Jahrhunderts umfassend dokumentiert. In zehn Bänden werden die Etappen der langen politischen Laufbahn Brandts nachgezeichnet: vom jungen Linkssozialisten, der in die Emigration gezwungen wurde, zum Hoffnungsträger vieler Berliner Sozialdemokraten; vom Regierenden Bürgermeister der geteilten Stadt zum Kanzlerkandidaten und Vorsitzenden der SPD; vom Außenminister der Großen Koalition zum ersten sozialdemokratischen Regierungschef in der Bundesrepublik; vom Bundeskanzler zum

Präsidenten der Sozialistischen Internationale und Vorsitzenden der Nord-Süd-Kommission.

Die Reihe soll eine breite historisch-politisch interessierte Öffentlichkeit ansprechen. Jedem der zehn Bände ist eine umfangreiche Einleitung vorangestellt, in der die edierten Texte in den historischen Zusammenhang eingeordnet werden. Die Bände in Hardcover mit Schutzumschlag umfassen je etwa 500 Seiten und enthalten zahlreiche Abbildungen.

Band 1 **Hitler ist nicht Deutschland**
Jugend in Lübeck – Exil in Norwegen 1928-1940
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0301-8

Band 2 **Zwei Vaterländer**
Deutsch-Norweger im schwedischen Exil – Rückkehr nach Deutschland 1940-1947
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0302-6

Band 3 **Berlin bleibt frei**
Politik in und für Berlin 1947-1966
Bearb. von Siegfried Heimann, Bonn 2004, ISBN 3-8012-0303-4

Band 4 **Auf dem Weg nach vorn**
Willy Brandt und die SPD 1947-1972
Bearb. von Daniela Münkel, Bonn 2000, ISBN 3-8012-0304-2

Band 5 **Die Partei der Freiheit**
Willy Brandt und die SPD 1972-1992
Bearb. von Karsten Rudolph, Bonn 2002, ISBN 3-8012-0305-0

Band 6 **Ein Volk der guten Nachbarn**
Außen- und Deutschlandpolitik 1966-1974
Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2005, ISBN 3-8012-0306-9

Band 7 **Mehr Demokratie wagen**
Innen- und Gesellschaftspolitik 1966-1974
Bearb. von Wolther von Kieseritzky, Bonn 2001, ISBN 3-8012-0307-7

Band 8 **Über Europa hinaus**
Dritte Welt und Sozialistische Internationale
Bearb. von Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, Bonn 2006, ISBN 3-8012-0308-5

Band 9 **Die Entspannung unzerstörbar machen**
Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1974-1982
Bearb. von Frank Fischer, Bonn 2003, ISBN 3-8012-0309-3

Band 10 **Gemeinsame Sicherheit**
Internationale Beziehungen und deutsche Frage 1982-1992
Bearb. von Uwe Mai, Bernd Rother und Wolfgang Schmidt, ISBN 3-8012-0310-7 (erscheint 2009)

WILLY-BRANDT-STUDIEN

Band 1
Daniel F. Sturm: **Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90**
Bonn 2006, ISBN 3-8012-0363-8

Band 2
Robin M. Allers: **Besondere Beziehungen. Deutschland, Norwegen und Europa in der Ära Brandt (1966-1974)**
Bonn 2008, ISBN 978-3-8012-0382-5

WILLY-BRANDT-DOKUMENTE

Band 1
Willy Brandt: **Verbrecher und andere Deutsche. Ein Bericht aus Deutschland 1946**
Bearb. von Einhart Lorenz, Bonn 2007, ISBN 978-3-8012-0380-1

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

Willy Brandt 1913-1992
Eine Ausstellung der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung im Rathaus Schöneberg zu Berlin und des Willy-Brandt-Archivs im Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Katalog zur Ausstellung von Gertrud Lenz
Berlin 1996, ISBN 3-931321-21-5

Struggle for Freedom. Willy Brandt 1913-1992
Permanent Exhibition of the Federal Chancellor Willy Brandt Foundation and of the Willy Brandt Archive in the Archives of Social Democracy of the Friedrich Ebert Foundation at the Schöneberg City Hall in Berlin. Exhibition Catalogue by Gertrud Lenz
Berlin 2001, ISBN 3-933090-99-7

Gerechte Entwicklung wagen: Ein unerfülltes Versprechen!
Anforderungen an einen »Brandt-Report« für das 21. Jahrhundert (gemeinsam mit der Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn)
Bonn 2000, ISBN 3-927626-40-6

Johannes Rau: **Gedenkrede zum 10. Todestag Willy Brandts am 8. Oktober 2002**
hrsg. in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung
Berlin/Bonn 2002, ISBN 3-89892-129-8

Sabine Carbon/Barbara Lücker: **Willy. Die spannende Geschichte eines deutschen Bundeskanzlers**
Berlin 2007, ISBN 978-9810097-8-1

Willy-Brandt-Haus Lübeck
Neue Architekturführer Nr. 118, Stadtwandel Verlag, Berlin 2007, ISBN 978-3-86711-038-9 (auch in Englisch erhältlich)

Darüber hinaus wird auf die Online-Publikationen der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung unter *www.willy-brandt.de* verwiesen.

DIE BUNDESKANZLER-WILLY-BRANDT-STIFTUNG

Die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (BWBS) ist durch Gesetz vom 25. Oktober 1994 als rechtsfähige bundesunmittelbare Stiftung des öffentlichen Rechts errichtet worden. Ihr Sitz ist das Rathaus Schöneberg zu Berlin. Die Stiftung hat den Zweck, das Andenken an das Wirken Willy Brandts für Freiheit, Frieden und Einheit des deutschen Volkes und die Sicherung der Demokratie für Europa und die Dritte Welt, die Vereinigung Europas und für die Verständigung und Versöhnung unter den Völkern zu wahren und so im Rahmen ihres politischen Bildungsauftrages einen Beitrag zum Verständnis des 20. Jahrhunderts und der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland zu leisten.

Die Dauerausstellung »Um die Freiheit kämpfen – Willy Brandt. 1913-1992« im Rathaus Schöneberg ist Dienstag bis Freitag von 10 bis 17 Uhr und Samstag und Sonntag von 10 bis 16 Uhr geöffnet. Donnerstags, samstags und sonntags finden jeweils um 14 Uhr und um 16 Uhr kostenlose Führungen statt. Zusätzliche Führungen sind auf Anfrage möglich. Der Eintritt ist frei.

Eine Stiftung – zwei Standorte
Am 18. Dezember 2007 eröffnete die BWBS in der Geburtsstadt des früheren Bundeskanzlers das »Willy-Brandt-Haus Lübeck«. Gezeigt wird dort die ständige Ausstellung »Willy Brandt – Ein politisches Leben im 20. Jahrhundert«, die ein großes multimediales Informationsangebot und spezifische Programme für Erwachsene, Jugendliche und Kinder bereithält.

Die Ausstellung ist geöffnet vom 01. Januar bis 31. März: Dienstag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr und vom 01. April bis 31. Dezember: Montag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr. Der Eintritt ist frei. Samstags und sonntags finden um 15 Uhr öffentliche Führungen in deutscher Sprache statt. Gruppenführungen sind auf Anfrage buchbar. Näheres unter *www.willy-brandt-luebeck.de*

BILDNACHWEIS
© aller Fotos beim Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Klaus Schütz: Berlin bleibt frei – Gedanken zu Willy Brandt. Vortrag anlässlich des Festaktes zum 50. Jahrestag der Wahl Willy Brandts zum Regierenden Bürgermeister von Berlin am 4. Oktober 2007 im Rathaus Schöneberg
[Hrsg.: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung. Red.: Wolfram Hoppenstedt ...].
1. Aufl. – Berlin: Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, 2008
(Schriftenreihe der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung; H. 15)
ISBN 3-933090-14-8